

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Brinmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.
für Verjammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Lohnbewegung.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Greifswald, Tessin i. M., Klüg und Wolgast i. Pom.

Gestreikt wird in Ebershausen, Hankensbüttel, Roswig i. Anh., Ludwigshafen, Mannheim und in Werder a. d. Spavel.

Gesperrt sind in Voigdenburg die Wandplattenfabrik, in Dassel bei Einbeck die Geschäfte von Gebr. Bartels und G. Bartels, in Eick in Ostpr. das Geschäft von W. Beginna, in Münsterdorf bei Tychow das Geschäft von Schulz, in Saarbrücken das Geschäft von Nees & Nees, in Stettin das Zementbaugeschäft „Komet“, in Weimar das Geschäft von Kost und in Wunstorf in Hannover das Geschäft von G. Bode.

Differenzen bestehen in Schwarzenberg i. S.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1905.

I.

Th. Soeben ist der dritte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung erschienen. Er erstreckt sich auf das Jahr 1905 und ist gleich seinen Vorgängern von Legien, als dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, bearbeitet worden. Auch der neue Bericht verdient eingehende Beachtung seitens der deutschen Gewerkschafter. (Ueber den Bericht auf 1904 enthielten die Nr. 18, 20, 21 und 22 des „Zimmerer“, Jahrgang 1906, Artikel.)

Die Anlage des dritten Berichts, der 130 Seiten umfasst, gleicht der seiner Vorgänger. Einer allgemeinen Uebersicht folgt ein resümierender Bericht des internationalen Sekretärs und diesem die Einzeldarstellungen aus England, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz, Italien und Spanien. Die Landeszentralen von Frankreich und den Niederlanden haben nicht berichtet. Voriges Jahr fehlten Frankreich und Belgien. Frankreich fehlt dieses Jahr also wiederum, während Belgien sich an der Berichterstattung diesmal beteiligt hat. Leider sind nunmehr die Niederlande in die Reihe der Säumigen getreten.

Der Bericht erkennt an, daß die von den Einzeländern gegebenen Zusammenstellungen über ihr Gewerkschaftsleben immer mehr den gestellten Anforderungen entsprechen, so daß die Mitglieder der Gewerkschaften ein zutreffendes Bild erhalten über den Stand der Bewegung und die wichtigsten Vorkommnisse in den einzelnen Ländern. Dagegen ist es, wie in den einleitenden Bemerkungen hervorgehoben wird, noch nicht möglich, an der Hand dieser Berichterstattung ein Gesamtbild über die Gewerkschaftsbewegung der international vereinigten Länder zu geben; denn auch die Berichte auf 1905 weisen noch recht bedenkliche Lücken auf. Ueber die Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder im Lande konnten nur zehn Länder berichten; es fehlten dabei Frankreich, die Niederlande, Schweiz, Italien und Spanien. Ueber die Einnahmen und Ausgaben der gesamten Gewerkschaften berichteten nur neun Länder; sechs fehlten, nämlich außer den vorstehend genannten fünf auch noch Belgien. Nicht einmal über die Gesamtzahl der Mitglieder in solchen Gewerkschaften, die den Landeszentralen angeschlossen sind, konnten überall Angaben gemacht werden. Außer Frankreich und den Niederlanden, welche überhaupt nicht berichtet haben, fehlt hier Italien, dessen frühere Landeszentrale darüber keinerlei Material gesammelt hat.

Das Verhältnis der industriellen zur landwirtschaftlichen Arbeiterschaft jedes Landes ist für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Organisation von

Wichtigkeit. Es ist jedoch noch nicht möglich, aus allen Ländern zuverlässige Zahlen darüber zu erlangen. Bulgarien hat die Zahlen nur schätzungsweise abgegeben; aus der Schweiz, aus Serbien, Italien und Spanien fehlen sie gänzlich, natürlich auch aus Frankreich und den Niederlanden, von denen Berichte nicht eingelaufen sind. Es muß auffallen, daß die Schweiz nicht in der Lage ist, die Zahl der Industrie- und der Landarbeiter anzugeben. In den anderen Ländern gestaltet sich das Verhältnis wie folgt, wobei zu bemerken ist, daß die Angaben aus Deutschland sich auf die Berufszählung von 1895 stützen, also nicht mehr zutreffend sind (die nächste Berufszählung findet erst diesen Juni statt). Oesterreich und Ungarn konnten die Ziffern von 1900 angeben, England und Dänemark von 1901, Belgien und Norwegen von 1905. Da sich jedoch die Ziffern und namentlich das Verhältnis zwischen Land- und Industriearbeitern nicht so schnell ändern, sind die Angaben immer noch für die Vergleichung von Wert.

Es besaßen also Arbeiter:

	In der Industrie, im Handel und Verkehr	Darunter weiblich	In der Landwirtschaft	Darunter weiblich	Zusammen
England	6000000	1500000	1100000	100000	7100000
Belgien	1560000	410000	260000	55000	1820000
Dänemark	187490	31050	170659	55582	358149
Schweden	475000	75000	450000	200000	925000
Norwegen	889400	193000	189800	58700	579200
Deutschland	7815182	1615054	7097722	3538454	14712904
Oesterreich	2468819	492984	2085832	952507	4554351
Ungarn	452822	?	1741005	?	2193827
Bulgarien	186000	10000	8000	?	165000

Diese Uebersicht läßt erkennen, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter im Verhältnis zu den Industriearbeitern in England, Belgien und Bulgarien ungleich niedriger ist als in Dänemark, Schweden, Deutschland und Oesterreich, wo sich beide Ziffern ungefähr die Wage halten. Norwegen hat doppelt soviel Industriearbeiter als Landarbeiter. Ungarn hat dagegen viermal mehr Landarbeiter. In Bulgarien ist die geringe Ziffer der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft nicht aus einem Ueberwiegen der Industrie zu erklären, sondern daraus, daß in Bulgarien der kleinbäuerliche Eigenbetrieb noch vorherrscht, der mit Hilfe der Familienglieder des Bauern besorgt wird, nicht oder nur seltener aber durch bezahlte Landarbeiter. Außerdem beruhen die für Bulgarien angegebenen Ziffern nur auf Schätzung, entbehren also der Zuverlässigkeit. Wer Bulgarien aus eigener Anschauung kennt, wird sich der Meinung nicht entziehen können, daß die Zahl der bulgarischen Landarbeiter noch viel zu gering angegeben sein mag. Recht bedauerlich ist, daß von Frankreich, Schweiz, Italien, Spanien und den Niederlanden noch keine Ziffern angegeben sind. Die dortigen gewerkschaftlichen Landeszentralen sollten sich die Sache mehr angelegen sein lassen.

Das Verhältnis der weiblichen Lohnarbeiter zu den männlichen ist natürlich in Industrie, Handel und Gewerbe anders als in der Landwirtschaft. Ganz gering ist es in der Industrie nach der Schätzung in Bulgarien, dessen Industrie sich erst im Anfang der Entwicklung befindet. Hier ist das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Industriearbeitern wie 15:1, das heißt auf fünfzehn männliche kommt erst ein weiblicher Arbeiter. In Ungarn dürfte das Verhältnis nicht wesentlich anders sein. In Schweden und Dänemark kommt schon auf rund fünf männliche ein weiblicher Industriearbeiter, in Deutschland und Oesterreich auf je knapp vier männliche ein weiblicher, in England auf drei männliche ein weiblicher, in Belgien schon auf knapp drei männliche ein weiblicher und in Norwegen sind die beiden Ziffern ziemlich gleich.

In der Landwirtschaft ist die Zahl der männlichen und der weiblichen Lohnarbeiter in Deutschland ziemlich gleich, ähnlich ist es in Oesterreich und in Schweden, wo die männlichen Landarbeiter bereits etwas überwiegen. Norwegen und Dänemark beschäftigen reichlich zweimal soviel Männer als Frauen in der Landwirtschaft, Belgien fast viermal und England zehnmal soviel Männer als Frauen.

Ein ganz anderes Bild als die Ziffern der gewerkschaftlichen Organisation fähigen Arbeiter und Arbeiterinnen zeigt die Uebersicht über die wirklich organisierten. Die Landwirtschaft scheidet dabei aus; denn von den landwirtschaftlichen Arbeitern sind nur organisiert in Dänemark 536, in Schweden 3000 und in Oesterreich 1050, darunter 42 Frauen. Alle anderen Länder besitzen noch keine gewerkschaftlichen Organisationen für die Landarbeiter. Von den Arbeitern in Industrie, Handel und Gewerbe sind gewerkschaftlich organisiert:

	Gesamtzahl	Darunter weiblich	Prozent der Arbeiter
England	1866755	125094	26,0
Belgien	148483	(einschließlich) 7076	9,5
Dänemark	92091	7076	49,1
Schweden	114985	7547	24,0
Norwegen	18600	600	4,8
Deutschland	1822348	86402	23,9
Oesterreich	322049	28860	13,0
Ungarn	71178	8014	15,9
Serbien	5074	409	?
Bulgarien	8300	1000	6,0

In der absoluten Zahl der gewerkschaftlich organisierten ist somit schon 1905 Deutschland dem die Spitze führenden England sehr nahe gekommen. Für 1904 hatte England 1889 590 Organisierte angegeben, Deutschland 1466 626. Für das Jahr 1905 lauten die Ziffern, wie vorstehende Tabelle ergibt, für England auf 1866 755, für Deutschland auf 1822 348. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland im Jahre 1906 bereits die Spitze gewonnen und England überflügelt hat. In der deutschen Ziffer stecken allerdings auch rund 1/2 Million, die nicht zu den freien, zentralorganisierten und der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften zählen. In England ist freilich, wie die nachstehende Tabelle beweist, das gleiche der Fall mit rund 1 1/2 Millionen Trade-Unionisten. Jetzt dürften in den deutschen freien Gewerkschaften etwa 1 800 000 Arbeiter organisiert sein.

Ist Deutschland auch infolge seiner stärksten Bevölkerungsmenge betreffs der Zahl der Organisierten an die Spitze gerückt, so ist das doch noch nicht der Fall im Prozentsatz der Organisierten. Da steht vielmehr Dänemark weit oben. Dort sind von je 100 organisationsfähigen Arbeitern bereits 49,1 organisiert. Dann folgen England mit 26 pZt., Schweden mit 24 pZt., erst in vierter Linie Deutschland mit 23,9 pZt., darauf Ungarn mit 15,9 pZt., Oesterreich mit 13, Belgien mit 9,5, Bulgarien mit 6 und zuletzt Norwegen mit 4,8 pZt. Für Serbien kann der Prozentsatz nicht berechnet werden, weil man die Gesamtzahl der Arbeiter nicht kennt.

Insgesamt sind in den angeführten Ländern 4214845 männliche und 259544 weibliche, zusammen 4474389 Arbeiter von 19,3 Millionen in Industrie, Handel und Verkehr Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert.

Anders gestaltet sich die Uebersicht, wenn wir alle Gewerkschaften, die nicht offen auf modernem Standpunkte stehen und sich ihrer Landeszentrale, in Deutschland der Generalkommission, angeschlossen haben, in Abzug bringen. Da erhalten wir wesentlich niedrigere Ziffern, nämlich folgende:

Der Landeszentrale sind angeschlossen:

	Zentralverbände mit Mitgliedern			Lokalverbände mit Mitgliedern			Zusgesamt
	Anzahl	Mitglieder	Parlamentarische	Anzahl	Mitglieder	Parlamentarische	
England	60	485942	14000	45	15357	1000	501299
Belgien	6	18725	?	54	15459	?	34184
Dänemark	50	70847	6276	12	617	—	71464
Schweden	30	86527	6747	2	108	—	86635
Norwegen	12	15716	271	18	506	108	16222
Deutschland	64	1844803	74411	—	—	—	1844803
Oesterreich	133	306599	27002	—	—	—	306599
Ungarn	21	66187	2478	18	4986	536	71173
Serbien	21	5074	409	—	—	—	5074
Bulgarien	1	180	—	43	1790	54	1970
Schweiz	32	48500	3500	3	200	—	48700
Spanien	9	21589	?	116	14968	?	86557

Nach dieser Tabelle bleiben nur noch 2524680 gewerkschaftlich Organisierte übrig von 19,3 Millionen, also nur reichlich der achte Teil. Mit anderen Worten: Von je acht Arbeitern in Industrie, Handel und Verkehr ist im Gesamtdurchschnitt der genannten Länder immer erst nur einer gewerkschaftlich organisiert. Da gibt's noch viel zu tun.

Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Th. Berlin, 10. März.

„Nach meinen Worten müßt Ihr mich beurteilen, nicht nach meinen Taten!“ sagte jener Pfarrer, der seine Gemeinde immer zum Wohltun anhielt, selbst aber kein Freund vom Geben war und dem ein alter Bauer das vorhielt. Auch dem neuen Reichstag müßte uneingeschränktes Lob gesendet werden, wollte man seine Arbeiterfreundlichkeit und Fruchtbarkeit nach der Zahl der von ihm gestellten Anträge bemessen. Die bürgerlichen Parteien haben nämlich weit über hundert sogenannte Initiativanträge eingebracht, und viele davon sind auf die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse zugeschnitten. Initiativanträge sind solche Anträge, die selbständig, also ohne Anlehnung an eine Regierungsvorlage, ein gesetzgeberisches Eingreifen nach der einen oder anderen Richtung fordern oder gleich selbst Gesetzesentwürfe enthalten. Noch nie haben die bürgerlichen Parteien sich so sehr um das „Wohl der Arbeiter“ bemüht wie diesmal. Offenbar ist ihnen darum zu tun, bei den Arbeitern den Glauben zu erwecken, sie seien die wahren Arbeiterfreunde, und die Arbeiter würden besser fahren, wenn sie ihnen, den bürgerlichen Parteien, die Stimme geben würden. Daß das ein grober Täuschungsversuch ist, wissen die Arbeiter sehr genau. Wäre es den bürgerlichen Parteien wirklich Ernst mit dem Bestreben, die Rechte der Arbeiter zu wahren und die Lage des Proletariats zu bessern, so hätten sie nur die langen Jahre die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu unterstützen brauchen. Das ist jedoch nicht geschehen; die bürgerlichen Parteien haben vielmehr mit ganz verschwindenden Ausnahmen stets und ständig die Anträge unserer Vertreter niedergestimmt, obwohl diese Anträge weder „fribol“ noch „phantastisch“ waren, wie Willow vor kurzem im Reichstage behauptet hat.

Jetzt beantragen die Konserativen die Vereinfachung und Vereinigung der Versicherungsgesetze, die Herabsetzung der Altersgrenze für Gewährung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre und die obligatorische (zwangswweise) Krankens-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Kleingewerbetreibenden und Privatangestellten mit geringerem Einkommen.

Die Polen fordern Herabsetzung der Höchstarbeitszeit für Frauen in Fabriken, Eisen- und Zinkhütten sowie in Bergwerken auf acht Stunden täglich.

Besonders heftig sprudelt plöblich der Quell arbeiterfreundlicher Gesinnung bei den Freisinnigen, die bisher in den meisten Fällen für die sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokraten mit am unzugänglichsten waren. Sie fordern Arbeitskammern, Einheitlichkeit der Krankenkassen und Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen, Erhöhung der Löhne für alle Arbeiter in Reichsbetrieben, Sicherung der geheimen Wahl, Neuabgrenzung der Wahlkreise, ein freiherrliches Vereins- und Versammlungsrecht für das Reich, Sicherung des Koalitionsrechts, Lohnzahlung bei unverschuldeter Unterbrechung der Arbeitsleistung und Ausdehnung der Gewerbegerichte.

Auch die Nationalliberalen fliehen jetzt auf einmal über in Arbeiterfürsorge. Sie verlangen Entschädigung für die, welche bei Rettungsversuchen verunglücken, Errichtung eines Reichsarbeitsamts, an dem Arbeiter „durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen“, beteiligt sind, ein Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht, weitgehende Wohnungsreform, Regelung des Knappschaftswesens, Verkürzung der Arbeitszeit, namentlich für Frauen und Jugendliche, Vereinfachung der Reichsversicherungsgesetze, Sonntagsruhe für die Wirtenshäuser sowie für die Kontor- und Bureauangestellten, Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, Ausdehnung der Weihilfe an Kriegsteilnehmer, Beschleunigung der Reform des Strafprozesses.

Das Zentrum bleibt natürlich in seinem sozialpolitischen Wettlauf nicht zurück. Es fordert durch Initiativanträge ver-

mehrten Schutz der Heimarbeiter, Sonntagsruhe für alle Glasbläser, Besserung der Arbeitsverhältnisse in den Malz- und Hüttenwerken, Besserung des Knappschaftswesens, freiherrliche Reform des Vereins- und Versammlungsrechts durch Reichsgesetz, den Zehnstundentag, die volle gewerbliche Sonntagsruhe, Sicherung des Koalitionsrechts, Errichtung von Arbeitskammern, Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften, Pensionsberechtigung für Privatangestellte, Schutz der Bauarbeiter durch besondere Kontrollbeamte, die von den Arbeitern gewählt werden, freiherrliche Umgestaltung des Gesetzwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Vergarbeiter.

Am fruchtbarsten sind — wenn die Menge den Wert ausmacht — bei Stellung von Initiativanträgen die Antisemiten, Deutschsozialen, Christlichsozialen und die Wirtschaftliche Vereinigung gewesen. Sie bilden politisch ein ganz unbeschreibbares Gemisch von konservativer und liberaler Gesinnung, ab und zu haben sie sogar sozialistische oder wenigstens sozialistende Auffassungen; aber stets stimmen sie mit der Reaktion, wie sie auch im Reichstage hinter den Konservativen sitzen, deren Schwanz sie bilden. Eine unheimliche Fülle von Initiativanträgen ist von dieser Partei-gruppe eingegangen. Sie fordern geheime und direkte Wahl der Knappschaftskassen, Lohnaufbesserungen für alle Arbeiter und Beamte im Reichsdienste, paritätische Angestellten- und Arbeitskammern, Beseitigung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe, Weihilfe an alle Kriegsteilnehmer ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit, ein freiherrliches Vereins- und Versammlungsrecht durch Reichsgesetz, Sicherung der Erfindungen von technischen Angestellten, Zuständigkeit der Gewerbegerichte für die technischen Angestellten bei deren gewerblichen Streitigkeiten, Unterstellung der Arbeiter, Gehülften und Lehrlinge in den Handelsgärtnereien, Blumenbinbereien, Gemüsetreibereien usw. unter die Gewerbeordnung, Organisationsrecht für alle Arbeiter und Angestellten in Reichs-, Staats- oder Kommunalbetrieben, freie Hin- und Rückfahrt der Soldaten bei Ernteurlauben mit dem Recht der Benutzung von Schnellzügen, strenge Ueberwachung der Schutzgesetze für das Handelsgewerbe durch eine sachverständige Aufsichtsbehörde, Anerkennung und Regelung der Kollektiv- bzw. Tarif-Lohnverträge. Außerdem haben die antimilitärischen Gruppen viele Anträge gestellt, durch welche sie dem Mittelstand glauben helfen zu können.

Die sozialdemokratische Fraktion ist allerdings auch nicht müßig gewesen. Aber bei ihr ist das nichts neues. Seit ihrem Bestehen hat sie fortgesetzt Anregungen über Anregungen gegeben, fand dabei aber nur in den allerersten Fällen die Unterstützung der bürgerlichen Parteien; fast stets wurde sie von denselben Parteien niedergestimmt, die jetzt alle unsere alten Anträge sich zu eigen gemacht haben, mehrfach freilich in arg verhöjerten Form. Seitens unserer Fraktion ist aufs neue beantragt worden: Die Sicherung der Vergarbeiter vor Gefahren, Ausbeutung und Lohnbetrug, Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts in allen Bundesstaaten für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren, Regelung des Wohnungswesens, Unterstellung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter die Gewerbeordnung, Beseitigung der Gesindeordnungen, besondere Gerichte nach Art der Kaufmanns- und Gewerbegerichte für Schlichtung von Streitigkeiten, die aus dem ländlichen Arbeitsverhältnis entstanden sind, Besserung des Krankenversicherungswesens, Herabsetzung der Arbeitszeit auf allmählich längstens acht Stunden täglich, Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Frauen, neue Abgrenzung der Wahlkreise, um deren kolossale Verschiedenheit zu beseitigen, Sicherung der Stellung der Privatbeamten, Aenderung der Gewerbeordnung, Schutz der Arbeiter im Baugewerbe (dieser Antrag ist in Form eines umfassenden, schon vollständig ausgearbeiteten Gesetzwurfs gestellt worden), Schutz der Heim- und Hausarbeiter.

Wenn also die bürgerlichen Parteien ernst mit ihrer Arbeiterfürsorge machen wollten, dann hätten sie reichlich Gelegenheit, das zu tun. Aber es ist von ihnen nicht ehrlich gemeint; diese Anträge kommen nämlich nur an den sogenannten Schwerinstagen zur Veratung, die dazu bestimmt sind, und ihren Namen tragen von dem alten Grafen M. von Schwerin, der vor fast vier Jahrzehnten im preussischem Landtage diese Tage zu dem Zwecke einführte, daß die Abgeordneten in der Lage sein sollten, ihre eigenen Anträge zu besprechen. In der Regel soll wöchentlich ein Schwerinstag abgehalten werden, doch ist daran nicht festgehalten worden. Aber selbst wenn das geschähe, so würde jede Woche nur ein Antrag im günstigsten Falle erledigt werden. Auf drei, vier Jahre hinaus wäre demnach der Reichstag mit Beratungskstoff für seine Schwerinstage versehen, wenn aber eine Session geschlossen wird, dann fallen damit alle bis dahin nicht erledigten Initiativanträge unter den Tisch. Sie gelten dann als nicht vorhanden und müßten aufs neue eingebracht werden. Man wird sehen, von welchen Parteien und mit welchen Anträgen das geschieht. Voreerst sind die Anträge der bürgerlichen Parteien mit wenigen

Ausnahmen als Vorspiegelung falscher Tatsachen zu betrachten, die den Arbeiter über den reaktionären Charakter dieser Parteien täuschen soll. Die Herren werden damit kein Glück haben. Wollen sie wirklich etwas für die Arbeiter tun, so mögen sie nur die sozialdemokratischen Anträge stimmen. Das haben sie eben bisher nicht getan, und werden es auch in Zukunft nicht tun. Darum gilt trotz ihrer zur Schau getragenen Arbeiterfreundlichkeit von den bürgerlichen Parteien das Wort: Gezählt, gewogen und zu leicht.

Notizen und Glossen.

Dr. Adolf Braun, einer der tüchtigsten und fleißigsten Sozialpolitiker und Publizisten der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, genug, eine erste Kraft, siedelt dieser Tage nach Wien über, um an der dortigen „Arbeiterzeitung“ mitzuwirken. Dr. Adolf Braun ist Oesterreicher, er ist noch einer von jenen wenigen Akademikern, die in der schwersten Zeit zur Sozialdemokratie gekommen sind, in der Zeit des Sozialistengesetzes. Seinem Namen begegneten wir einst in dem 1885 erschienenen Buche von Dr. Georg Adler: „Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland“. Der Autor bedankt sich in seinem Vorwort bei dem Cand. cam. Adolf Braun für ganz besonders reichliche Zuwendung von Material. Bald erschien eine eigene Arbeit, an der Dr. Adolf Braun sicherlich Jahre geschafft hatte: „Die Arbeiterschutzgesetze des Deutschen Reiches“. Tübingen 1890. Unseres Wissens die erste zusammenfassende Schrift über diese Materie. Dann sammelte er von München aus Material zu gewerkschaftlichen Studien und stieß hierbei auch auf uns. Um die Mitte der neunziger Jahre lernten wir ihn persönlich kennen, als zweiter Redakteur des „Vorwärts“. Es ist die Zeit, wo man von dem „Vorwärts“ sagen konnte, „daß das Zentralorgan der Partei auch das beste gewerkschaftliche Blatt Deutschlands sei“. Seitdem hat sich vieles geändert. Seine erfolgreiche Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung trug Dr. Adolf Braun die Ausweisung aus Preußen ein. Er ging als Arbeiterssekretär nach Nürnberg, betätigte sich zeitweilig als freier Schriftsteller und übernahm nach Karl Grillenbergers Tode die Redaktion der „Frankischen Tagespost“, aus der er jetzt scheidet.

Dr. Adolf Braun hat auch viele belehrende und interessante Beiträge für den „Zimmerer“ geliefert. Aus der Zeit seiner freien Schriftstellerschaft stammt die hoch interessante Artikelserie: „Etwas vom Staate“, „Die Klassen“, „Das Reich und die Einzelstaaten“, „Die verblüdeten Regierungen“, „Der Reichstag“, „Die Parteien“, „Die sozialdemokratische Partei“, „Allgemeines über Reichsfinanzen“ und „Vom Reichsbesitz“, die in den Jahrgängen 1901 und 1902 abgedruckt und für viele Zimmerer das Fundament ihrer politischen Belehrung geworden ist, und die auch weit über die Kreise der Zimmerer hinaus Beachtung gefunden hat. In fester Redakteurstellung war es unserem Genossen freilich nicht möglich, solche umfangreichen und eingehenden Arbeiten zu liefern, seine Mitarbeit während dieser Zeit beschränkte sich auf gelegentliche Beiträge. Dr. Adolf Braun war uns nichtsdestoweniger immer ein bereitwilliger und zuverlässiger Berater und Freund.

So ungern wir unseren Genossen aus der Arbeiterbewegung Deutschlands scheiden sehen, so können wir doch der Arbeiterbewegung Oesterreichs zu einer solchen bewährten Kraft gratulieren. In Deutschland ist die Sozialpolitik — ganz besonders die Arbeiterschutzgesetzgebung — seit Jahren eingetrostet oder bereist, in Oesterreich wird sie infolge der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Vordergrund der Arbeiterbewegung treten. Jedenfalls werden unsere Genossen in Oesterreich versuchen, der Sozialpolitik mehr Beachtung zu verschaffen als sie bisher gefunden hat. Dabei wird ihnen die geübte Kraft Dr. Adolf Brauns sehr wertvolle Dienste leisten.

Sand in die Augen des Publikums zu streuen, gibt sich der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte Berlins große Mühe. Ueber die Verhandlungen der „Achtzehner-Kommission“ hatte die bürgerliche Presse Mitteilung gemacht; besagter Vorstand beeilte sich, in einer Kundgebung gegen die Darstellung zu erklären:

„Es ist nicht richtig, daß die Arbeitgeber jede Verhandlung über die Forderungen der Arbeitnehmer zurückgewiesen haben. Als völlig unannehmbar ist allerdings die Verkürzung der Arbeitszeit von neun Stunden auf acht Stunden abgelehnt worden. Bezüglich der weiteren Forderungen der Arbeitnehmer sind die Arbeitgeber zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit. Was die Lohnerhöhung anlangt, so haben die Arbeitgeber erklärt, daß eine Verhandlung über die Lohnfrage davon abhängig gemacht werden müsse, daß voreerst von der geforderten Herabsetzung der Arbeitszeit Abstand genommen würde.“

Uebersetzt man diese Kundgebung aus der Diplomatensprache in verständliches Deutsch, dann besagt sie: der Vorstand der Baugeschäfte Berlins will den Kampf herbeiführen, die Schuld daran will er aber den Arbeitern aufhängen.

Rein gemeingefährlicher Terrorismus? Die bürgerliche Presse vom Schlage der „Rhein-Westfälischen Zig.“ berichtet:

„Einen Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmergewerbe haben die Bauunternehmer usw. für Meppen und Umgegend gegründet. In Zukunft darf bei hohen Konventionalstrafen von den Mitgliedern unter einem bereits festgesetzten Minimalbautarif nicht gebaut werden.“

Wenn das nicht Maurer- und Zimmermeister, sondern Arbeiter wären!

Nicht Tarifvertrag, sondern Streik Klausel, das ist der Grundsatz der Hamburger Baugewerksinnung, an deren Spitze der „küchtige“ Herr Lummert steht. Natürlich wird die „Streik Klausel“ von dieser Innung so aufgefaßt, daß die Erfüllung des Bauvertrages auch dann ruht, wenn die Herren ein „Exempel“ an den Arbeitern statuieren wollen. Die Bauherren haben damit schon bitterböse Erfahrungen gemacht, einige kommen schon zu der Erkenntnis, daß ihnen das Vergnügen der Innungsmeister, arme Arbeiter systematisch aus der Arbeit zu werfen, recht viel Schaden macht, sie lehnen daher die „Streik Klausel“ im Bauvertrage ab. So hat es in Hamburg wiederum eine Firma gemacht, und dagegen wettert nun Herr Lummert in dem nachstehenden Rundschreiben an seine Getreuen:

„Die geehrten Mitglieder der Vereinigung werden hiermit auf die Bedingungen des Bauvertrages für den Fabrikneubau der Firma Hesse & Goldstaub an der Gluckstraße — Architekten und Bauleiter Herren S. J. u. C. Behrendt, Hohe Bleichen 34, Hanfahof — hingewiesen. Es wird erachtet, jede Berechnung für diesen Vertrag strikte abzulehnen, und zwar mit dem Hinweis auf das Fehlen der Streik- und Sperre Klausel und mit Hervorhebung der im Vertrag enthaltenen gegenseitigen Bedingung der bedingungslosen Rückverzögerung. Eine genaue Prüfung der auf Seite 2 festgestellten Bau- und Lieferungsfrist wird den geehrten Mitgliedern der Vereinigung zur bringenden Pflicht gemacht. Es muß die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß diese und ähnliche Bedingungen unter keinen Umständen von Unternehmern und Lieferanten angenommen werden. Durch die Unterzeichnung solcher Bedingungen und Verträge würde das selbständige Baugewerbe bei eintretenden Streiks und Sperrern geradezu der Willkür der Arbeiterschaft ausgeliefert sein. Der Vertrag der Firma Hesse & Goldstaub enthält auf Seite 2 folgende Bedingung: „Die Arbeiten sollen, sobald die erforderlichen Vorarbeiten es gestatten, begonnen, durch eine hinreichende Anzahl von Leuten betrieben und so gefördert werden, daß der Ablieferung am . . . 1907 nichts im Wege steht. Für jede Woche späterer Ablieferung unterzieht sich der Herr Unternehmer einer Konventionalstrafe von M. . . pro Woche, welchen Betrag der Bauherr berechnen würde, ohne jede gerichtliche Prozedur vom letzten Termin in Abzug zu bringen. Ein partieller Streik oder eine Sperre darf für den Bau keinerlei Verzögerung herbeiführen und soll den Ablieferungsstermin nicht verschieben.“ Die geehrten Mitglieder der Vereinigung wollen im Gegensatz zu derartigen Bedingungen stets darauf achten, daß die Streik- und Sperren Klausel in alle Bau- und Werkverträge aufgenommen wird. Der geschäftsführende Ausschuss der Vereinigung erwartet mit Bestimmtheit, daß alle Verträge mit ähnlichen Festsetzungen, die eine Gefahr für den gesamten Gewerbestand bilden, zurückgewiesen und außerdem an der unterzeichneten Geschäftsstelle zur Anzeige gebracht werden. Hamburg, 2. März. Der geschäftsführende Ausschuss: W. Lummert, erster Vorsitzender.“

Welchen Erfolg das Rundschreiben haben wird, bleibe zunächst dahingestellt. Uns interessiert hier etwas anderes viel mehr, nämlich das zweierlei Recht in Hamburg. Herr Lummert hat mit seinem Rundschreiben regelrecht die Sperre über den Fabrikneubau der Firma Hesse & Goldstaub verhängt, wird er nun ebenso behandelt werden, wie unsere Verbandszahlstelle Hamburg? Diese hatte über einen Neubau die Sperre verhängt und erhielt darauf die nachstehende „Verfügung“ von der Zivilkammer VII des Landgerichts Hamburg zugestellt:

„Dem beklaglichen Verbandsverbande wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von M 500 für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, während der Dauer des zwischen den Parteien schwebenden Rechtsstreites durch Annoncen oder anderweitige, sei es mechanisch oder schriftlich verbieflichtigte Mitteilungen die Verhängung oder das Bestehen der Arbeitssperre über die klägerischen Bauten bekannt zu machen.“

Daß Herr Lummert von diesem Prozeß gegen unsere Verbandszahlstelle keine Kenntnis haben sollte, ist nicht wahrscheinlich, hat er aber Kenntnis davon, wie kann er dann das obige Rundschreiben erlassen? Sehr einfach Herr Lummert wird, wie die Scharfmacher überhaupt, auf dem Standpunkt stehen: Vor dem Gesetze sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht gleich.

Sozialpolitische Scharfmacherei betreibt nun auch das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“; wir hätten nie geglaubt, daß dieses Organ des Herrn Feuer in Berlin so rasch „auf den Hund“ kommen würde, jetzt ist daran nicht mehr zu zweifeln. In seiner Nr. 10 vom 8. März d. J. redet es der „Einführung obligatorischer Arbeitsbücher für volljährige Gesellen“ das Wort und führt aus:

„Wenn die Arbeitsbücher, außer dem Namen, Geburtsort, Geburtstag des Arbeitnehmers, seiner Unterschrift, Art und Dauer seiner Beschäftigung nichts enthalten dürfen, wie es unter ausdrücklichen Ausschluß von Führungs- und Leistungszeugnissen mit vollem Rechte vor-

geschrieben wird, so fehlt jeder berechtigte Grund, die Führung dieser vollkommen unverfänglichen Arbeitsbücher als eine Gefährdung der Benachteiligung redlicher Arbeiter anzusehen. Verleßt werden durch die gesetzlich gebotene Einführung solcher Arbeitsbücher nur diejenigen Arbeiter, welche ein Interesse daran haben, Art und Stätte, Dauer und Umfang ihrer bisherigen Tätigkeit zu verheimlichen oder wahrheitswidrig zu schildern. Arbeitern der letztgenannten Gattung sollte aber die Gesetzgebung entgegenwirken, statt „ihre Interessen“ in verhältnismäßig hohem Maße zu schonen. Daß es nun schon einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt bedeuten würde, wenn die bisherigen Arbeitsbücher auf einen weiteren Kreis ausgedehnt würden, erscheint selbstverständlich und würde namentlich in den Kreisen der Gewerbetreibenden mit großer Freude begrüßt werden.“

Das Blatt redet zwar von „redlichen Arbeitern“, unterläßt es aber, zu definieren, was für Arbeiter darunter verstanden werden sollen. Wir haben in Tausenden von Fällen die Erfahrung machen müssen, daß gerade die redlichsten (nicht nur die rötlichsten) Arbeiter ein Interesse daran hatten, „Art und Stätte, Dauer und Umfang ihrer bisherigen Tätigkeit zu verheimlichen oder wahrheitswidrig zu schildern“, weil sie von einem schmutzigen Ausbeutertum durch „schwarze Listen“ in Verruf erklärt worden waren. Die blutige Profitgier der schamlosen Ausbeuter bringt es eben fertig, Gesellen in Verruf zu bringen, die um eine menschenwürdige Existenz ringen, die sich weigern, Menschen mordende Gerüste zu bauen oder zu betreten, die auf die Durchführung gesetzlicher Vorschriften dringen usw. In der Idee der Einführung obligatorischer Arbeitsbücher für Arbeiter versteckt sich aber auch ein hoher Grad von Mißachtung der Arbeiterklasse; sie soll auf das Niveau der Prostituierten heruntergedrückt werden. Eine solche Forderung wagt das Organ des Berliner Bauunternehmertums aufzustellen, das zu zwei Drittteilen selbst aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist. Schmutzige Gesinnung!

Eine objektive Würdigung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. In einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo jeden Tag eine neue Schlammslut von Schmähungen und Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung, und nicht in letzter Linie gegen die Gewerkschaften, bringt, wo die Trostschreie und Prektrabanten des Reichslügenverbandes fortgesetzt neue Stinkbomben und vergiftete Wurfgeschosse schleudern, ist es immerhin erfreulich, wenn bereinzelt hier und da auch einmal Stimmen aus bürgerlichen Kreisen laut werden, die davon zeugen, daß es doch noch einsichtige Leute gibt, deren Urteilsvermögen unbeeinflusst geblieben ist von dieser systematisch betriebenen Hege, und die der Arbeiterbewegung denn doch nicht jegliche Existenzberechtigung absprechen, sondern unumwunden ihre kulturfördernde Tätigkeit anerkennen. Das letztere geschieht auch in dem Bericht der württembergischen Fabrikinspektion über das Jahr 1905; nicht in dem Bericht selbst, sondern in einer ihm angeschlossenen Darstellung über Entstehung und Entwicklung der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Die Darstellung läßt erkennen, daß die württembergischen Aufsichtsbeamten sich bemüht haben, das Wesen der Arbeiterbewegung zu erforschen und zu verstehen. Aus den durchaus objektiven Darlegungen hier eine Probe:

„Die zähe Anhänglichkeit der Arbeiter an ihre Gewerkschaftsorganisation beruht auf der durch eine lange Reihe von Tatsachen gewonnenen Ueberzeugung, daß bei der heutigen Konzentration der wirtschaftlichen Machtmittel die Gewerkschaft allein noch im stande sei, den Arbeiter vor einer zu weit gehenden sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu schützen. Die Leistungen, welche die Gewerkschaften den Arbeitern zu bieten bestrebt sind, sind sehr vielseitig, zunächst auf geistig-sittlichem Gebiet: Schaffung und Erweiterung von Bildungsgelegenheiten durch Arbeiterbibliotheken, Arbeiterlesesäle, Vorträge über allgemein bildende Gegenstände, Fachkurse zur beruflichen Weiterbildung, Ausgleichung der Fehler einer vernachlässigten Lehrlingsausbildung; sodann in wirtschaftlicher Hinsicht: Verbesserung und Sicherung der Lohnverhältnisse durch Abschluß fester Tarifverträge, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, wenn sie infolge von Konjunkturveränderungen oder technischen Umwälzungen, sowie bei Streiks und Aussperrungen eintritt, unentgeltliche Beratung durch die Arbeitersekretariate und kostenlose Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, Gründung von Konsumvereinen zur Verbilligung des Einkaufs bezw. zur Verhinderung von Preisausschlägen (letzteres wurde z. B. in Wiberach 1903 und 1905 und auch anderwärts schon erzielt). Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung wird durch die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter wesentlich vorbereitet und gefördert und in den Vorständen der Krankenkassen, in den Schiedsgerichten, in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten fügen organisierte Arbeiter, deren Sachkenntnis den Verhandlungen wesentlich zu statten kommt, wie umgekehrt auch sie selbst in sachlicher Behandlung der einschlägigen Fragen sich betätigen und dadurch lernen können. Der erzieherische und bildende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wurde von den Unternehmern vielfach übersehen oder nicht zugestanden, obwohl gerade diese Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sehr gehoben und gefördert wird, auch den Unternehmern selbst zu gute kommt.“

So urteilen Beamte einer staatlichen Institution über die Gewerkschaften, von denen der Reichslügenverband behauptet, sie hätten sich „zu Feinden der bestehenden Ge-

ellschaftsordnung, der Arbeitgeber und des bestehenden Staates gemacht“, und daher müsse der Kampf gegen sie mit aller Schärfe geführt werden, trotz Anerkennung des Koalitionsrechtes. — Ist es nicht Wahnsinn, so hat es doch Methode.

Noch einige „Frühjahrsarbeit“ der „Baugewerkschaft“. Daß die „Christlichen Gewerkschaften“ positive Arbeiten nicht leisten, sondern nur negative, gibt genanntes Blatt jetzt selbst zu. Es schreibt in seiner Nr. 10 über Lohnbewegungen und über die Streiks, die die „Christlichen“ Gewerkschaften geführt haben; dabei kommt es zu dem Schluß: „Viele von diesen Streiks sind verloren gegangen, andere hatten mehr Glück wie Verstand.“ Das Blatt zieht daraus für seine Anhänger den Schluß:

„Daß wir daher Veranlassung haben, bei unseren diesjährigen Lohnbewegungen unsere Klasse zu schonen, dürfte jedem einleuchten, ebenso kostspieligen Kämpfen möglichst aus dem Wege zu gehen. . . . Das Geheimnis der Disziplin liegt darin, die eigenen Sonderinteressen den Interessen der Gesamtheit unterzuordnen.“

In diesem Zusammenhange kann man unter „den Interessen der Gesamtheit“ nur die Interessen der Zentrumsparthei verstehen, denn, wollten die „Christlichen“ Bauhandwerker „die eigenen Sonderinteressen“ den Interessen der Gesamtheit ihrer Berufsgenossen unterordnen, dann müßten sie ihre Sonderorganisationen aufgeben und samt und sonders den freien Gewerkschaften beitreten. Damit würden sie freilich ein wahrhaft christliches Werk tun, und das will die „Baugewerkschaft“ natürlich nicht.



Internationale Nachrichten.

Aus der Schweiz. Die Scharfmacher in der Schweiz rüsten zum Kampf, wie aus nachstehender Notiz der „Neuen Züricher Zeitung“ hervorgeht:

„Am 26. Februar d. J. tagte, wie man uns mitteilt, in Olten der Zentralvorstand des Schweizerischen Zimmermeisterverbandes. Zugezogen wurden Delegierte aus den Orten, in denen für dieses Jahr bereits Lohnbewegungen angemeldet sind; es sind deren nicht wenige. Die Forderungen der Arbeiter sind ziemlich einheitlich und verraten, dass überall die gleiche Hand tätig ist. Damit die Antworten ebenso einheitlich ausfallen, wurde ein für das ganze Gebiet des schweizerischen Zimmermeisterverbandes gültiges Arbeitsreglement aufgestellt und es wurde beschlossen, dieses für alle Plätze verbindlich zu erklären. Die Hauptforderung der meisten Sektionen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden im Sommer, wurde mit aller Entschiedenheit abgelehnt und beschlossen, wie der schweizerische Baumeisterverband am Zehntentag unter allen Umständen festzuhalten. Der Zentralausschuss wurde beauftragt, mit dem schweizerischen Baumeisterverband in Verbindung zu treten, um der Anfang April stattfindenden Generalversammlung Vorlagen über den Anschluss an diesen machen zu können.“

Hierin kommt offen zum Ausdruck, dass es sich um ein planmäßiges Vorgehen gegen unsere schweizerische Bruderorganisation, den Zentralverband Schweizer Zimmerleute, handelt. Man beginnt ihn zu fürchten und macht deshalb verzweifelte Anstrengungen, durch einen grossen Schlag seine Entwicklung zu unterbrechen und seinen Einfluss lahmzulegen. Ob das gelingen wird, ist allerdings eine andere Frage. Wenn man die Erfahrung in anderen Ländern zu Rate zieht, wo ebenfalls das reaktionäre Scharfmachertum im Baugewerbe jahrelang sich mit so grosszügigen Vernichtungsplänen trug, ohne sie indes bis jetzt verwirklichen zu können, dann dürfte man zu der Ansicht kommen, dass auch die Zimmermeister in der Schweiz gar bald werden einsehen lernen, dass sich eine aufwärtsstrebende Bewegung wie die der Schweizer Zimmerer, nicht aufhalten lässt. Mag man auch versuchen, ihr Fesseln anzulegen, sie wird sich von diesen Fesseln befreien, früher oder später. Gegenwärtig bestehen bereits Lohnbewegungen in Interlaken, Luzern und St. Gallen, wo die Unternehmer alle Verhandlungen ablehnen. In St. Gallen versuchen sie bereits unter Androhung mit der Aussperrung, die Kameraden zur Anerkennung einer Platzordnung zu zwingen. Die reisenden Kameraden mögen deshalb diese Orte meiden.

Aus Ungarn. Die Zimmerer in Budapest sind seit Anfang Juli vorigen Jahres ausgesperrt. Ueber Ursachen und Verlauf der Aussperrung haben wir fortlaufend berichtet. Es gewinnt den Anschein, als ob die Unternehmer unsere Kameraden aushungern wollen, anders wäre es kaum zu erklären, dass sie sich der Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen entschieden widersetzen. Die Ausgesperrten haben jüngst dem Bürgermeister Dr. Barczy ihre traurige Lage geschildert und ihn um seine Vermittlung gebeten. Sie seien bereit, zu den alten Bedingungen in Arbeit zu treten, müssten aber die Anerkennung des Arbeitsvermittlungsinstitutes strikt ablehnen; dagegen würden sie sich damit einverstanden erklären, wenn das staatliche Arbeitsvermittlungsinstitut die Arbeitsvermittlung übernehmen wolle. Der Bürgermeister soll versprochen haben, für die Aufnahme der Verhandlungen zu wirken. Nach einer anderen Version soll er sogar die Zusage gemacht haben, falls eine Einigung nicht erzielt werde,

Handlung statt, die nachstehendes Ergebnis zeitigte. Die Vereinbarungen sollen auf zwei Jahre gelten. Ab 1. April dieses Jahres wird in der Stadt ein Lohn von 37, auf dem Lande 38 $\frac{1}{2}$ gezahlt; am 1. April 1908 erhöht er sich auf 39 resp. 41 $\frac{1}{2}$ bis 31. März 1909. Diesen Abmachungen haben die Zimmerer am 10. März zugestimmt.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Frankenthal

vom 26. Januar bis 28. Februar 1907.

Einnahme.

Aus der Zentralkasse	M. 258,55
" " Lokalkasse	" 44,80
Summa	M. 303,35

Ausgabe.

An Streikunterstützungen	M. 302,55
Für Porto und Schreibmaterial	" --,80
Summa	M. 303,35

Die Richtigkeit beglaubigen:
 Thomas Neumeier, C. Zimmermann,
 Friedr. Weisenborn.

Berichte aus den Zahlstellen.

Braunsberg. Die erste diesjährige Mitglieder- versammlung in der hiesigen Zahlstelle fand am 28. Februar statt. Die Abrechnung vom zweiten Halbjahr 1906 wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Kamerad Finsel- Elbing hielt sodann einen Vortrag über: „Die nächsten Aufgaben der Zimmerer in Braunsberg.“ Nachdem er einleitend die gegenwärtige Situation im allgemeinen kurz skizzierte, behandelte er besonders ausführlich die Verhält- nisse im Zimmergewerbe in Braunsberg und Umgegend, dabei nicht unterlassend, die Unternehmer in Braunsberg ob ihres rücksichtslosen Verhaltens vor, während und nach der Aussperrung gebührend zu kennzeichnen. Für die Zim- merer in Braunsberg sei der Weg klar vorgezeichnet. Sie hätten erkannt und am eigenen Leibe erfahren, daß auf ein Entgegenkommen seitens der Unternehmer nicht zu rechnen sei. Ihre Aufgabe sei es deshalb, mit jähem Fleiß den Ausbau der Organisation zu betreiben und dafür zu sorgen, daß alle Kameraden möglichst bald sich dem Zentral- verbande anschließen. Nur dann sei die Gewähr gegeben, daß auch in Braunsberg in absehbarer Zeit bessere Zu- stände Platz greifen. Redner erntete reichen Beifall. Nachdem noch in „Verschiedenes“ einige Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Darmstadt. Am 26. Februar fand in Wöhringers Brauerei eine sehr mäßig besuchte öffentliche Zimmerer- versammlung statt, die vom Vorsitzenden eröffnet wurde mit der Mahnung an die Anwesenden, in Zukunft dafür zu sorgen, daß alle Kameraden ohne Ausnahme der Ein- ladung zu einer Versammlung Folge leisteten. Kamerad Kremer erläuterte sodann die Beschlüsse der Gaukonferenz vom 30. September 1906 und empfahl dieselben zur Nach- achtung. Er streifte noch einmal kurz die Ursachen der Beschlüsse, vornehmlich die der Erhöhung des Lokalfonds. Nichts sei notwendiger als eine gute Finanzierung, ohne eine solche sei eine Organisation überhaupt einflusslos. Das könne gegenwärtig nicht genug betont werden, besonders noch, wenn man sich vor Augen halte, daß die wirtschaft- lichen Kämpfe in der Folge einen immer schärferen Cha- rakter annehmen würden. Opferwilligkeit und Disziplin seien in erster Linie erforderlich, um die drohenden Kämpfe mit Erfolg zu bestehen. Trotz der überzeugenden Aus- führungen des Referenten traten in der Diskussion doch noch Gegner der Beitragserhöhung auf. Ihre Argumente bewiesen indes nur, wie wenig Verständnis sie unserer Bewegung überhaupt entgegenbringen. Hier tut Auf- klärung dringend not. Die Abstimmung wurde zu einer später stattfindenden Versammlung vertagt.

Deutsch Lissa. Am 28. Februar fand unsere regel- mäßige Mitgliederversammlung statt, die ziemlich gut be- sucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung erläuterte Kamerad Schmidt-Breslau die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande. Im Anschluß daran wurde der Beitrag für 1907 festgesetzt, und zwar auf 50 $\frac{1}{2}$ für die Dauer von 40 Wochen. In den Wintermonaten, während der beitrags- freien Zeit, sollen auch für den Lokalfonds Beiträge nicht erhoben werden. Dem Kameraden B. wurden M. 15 aus der Lokalkasse für Familienunterstützung bewilligt. In „Verschiedenes“ referierte Kamerad Schmidt über den dem Reichstage vorausschicklich bald wieder zugehenden Geset- entwurf, betreffend gewerbliche Berufsvereine. Ferner wurde bekannt gemacht, daß jeden Donnerstag nach dem 1. jedes Monats Versammlung stattfindet.

Elbing. Am 27. Februar tagte unsere Mitglieder- versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie fördern wir den Ausbau unserer Organisation?“ sprach Kamerad Finsel. Redner betonte, daß es Pflicht eines jeden organisierten Zimmerers sei, soweit es in seinen Kräften stehe, für unsere Sache zu agitieren und den Ver- band zu fördern. Daß das gerade in Elbing bitter not tue, werde sicher niemand bezweifeln, denn Elbing sei hinter anderen, gleich großen Städten, was die Lohn- und Arbeits- bedingungen anlange, weit zurückgeblieben. Nachgeholt werden könne das Versäumnis nur dadurch, daß man jetzt mit doppeltem Eifer ans Werk gehe. Unsere Zahlstelle müsse so ausgebaut werden, daß sie dem Unternehmertum nötigenfalls Respekt einflöße. Auch für die Stärkung der Kaffe müsse gesorgt werden, denn Geld sei die Hauptsache zur Erreichung des Organisationszweckes. An der Dis- kussion beteiligte sich auch Genosse Wende, Gauleiter der Bauhilfsarbeiter, der die Versammelten ermahnte, die Ausführungen Finsels zu beherzigen. Ein Antrag des Vorstandes, wonach jeder verheiratete Kamerad zwei und jeder alleinstehende Kamerad drei Extramarke zu 50 $\frac{1}{2}$ noch im Laufe dieses Quartals zu kaufen hat, wurde angenom- men. In „Verschiedenes“ wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß die nächste Mitgliederversammlung gut besucht sein müsse.

Hamburg und Umgegend. Am 4. März tagte im Ge- werkschaftshaus eine Zahlstellenversammlung mit folgender Tages-

ordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes; 2. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren; 3. Berichterstattung unserer Gesellschafters vom Gewerkschaftshaus; 4. Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge; 5. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Ableben der Kameraden Ollmann (Bezirk 9) und Gerbis (Bezirk 10) in üblicher Weise. Dann bekräftigte die Versamm- lung die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Zum Geschäftsbericht des Vorstandes verwies Lehmann auf den jedem Mitgliede zugeteilten gedruckten Bericht. Hervor- zuheben sei, daß vornehmlich in den Außenbezirken Poppen- büttel, Bramfeld, Lohstedt, Harburg usw. günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht wurden, ebenso auf dem Staats- platz. So konstatierten sei, daß im vergangenen Jahre die Be- teiligung an der Matseier in erfreulicher Weise zugenommen habe. Redner erwähnte ferner die Verhandlungen mit der Innung, die Vorküßes nicht gezeitigt hätten; dagegen sei mit dem Bund der Maurer- und Zimmermeister ein Tarif vereinbart worden. Verschiedene Kameraden hätten den Vorstand ersucht, bei den Unternehmern vorstellig zu werden zwecks Gewährung eines Lohnaufschlages für gefährliche Arbeiten. Da aber ein Ge- fahrentarif nicht besteht, war ein solches Vorgehen in den meisten Fällen erfolglos. Den Kassenbericht erstattete Behnten, der die einzelnen Positionen erläuterte. Der Reingewinn betrug M. 3248,82. Redner bedauerte, daß im vergangenen Jahre die Beitragserhöhung abgelehnt wurde, da die Ausgaben für die Lokalkasse ganz bedeutend gewachsen seien. In der Diskussion war Andrian der Meinung, daß der Tarif der Innung nicht in den gedruckten Bericht hinein- gehöre, da wir keinen Tarif mit der Innung hätten. Schilling bemängelt, daß der größte Raum im Berichte durch die Lohnbewegung ausgefüllt werde. Die Zimmerer auf dem Staatsplatz hätten bei ihrer letzten Lohnforderung eine traurige Rolle gespielt. Vor allen Dingen sei es ihre Pflicht, für Ver- sorgung der Arbeitszeit einzutreten. Dem Arbeitsnachweis sei im Bericht nicht genügend Erwähnung getan; auch müßte mehr gesehen, um das Interesse der Mitglieder zu heben. Vötiger hätte gewünscht, daß mehr auf die Pflichten der Mit- glieder hingewiesen worden wäre. Auch seien die Kameraden, die nur im Sommer hier arbeiten, mehr zu den Beiträgen heranzuziehen. An der Diskussion beteiligten sich noch Leisch und Wianede. Lehmann trat den Diskussionsrednern entgegen und stellte verschiedenes richtig. Damit war der erste Punkt erledigt. Es folgte die Vorstandswahl. Laut Regulativ hat die Wahl des ersten Vorsitzenden und des ersten Kassierers durch eine Ur- abstimmung zu erfolgen, die in den Bezirksumfassungen statt- findet. Kandidaten für den Posten eines ersten Vorsitzenden sind: Groß, Lehmann, Schäfer und Schilling; für den des ersten Kassierers Behnten und Müller. Als erster Schriftführer wurde Meyer gewählt, als zweiter Vorsitzender Groß, als zweiter Kassierer Ahrens, als zweiter Schriftführer Janitz; zu Revisoren Gerbers und Schoop. Friedrich berichtete hierauf in längerer Ausführungen über das Gewerkschaftshaus. Die Fertigstellung, die am 1. Oktober 1906 geplant war, ertitt eine Verzögerung durch die Umänderung der Fassade, so daß die Einweihung erst am 29. Dezember erfolgen konnte. Die Herberge, die 150 Betten umfaßt, sei äußerst zweckmäßig eingerichtet. Schon jetzt habe sich erwiesen, daß Herberge und Restaurant zu klein seien und sei deshalb geplant, im nächsten Jahre das Gewerkschaftshaus durch Umbau zu vergrößern. Ueber die Remabilitätsfrage dürfe man sich beruhigen. Seit der Eröffnung sei schon ein Gewinn von M. 20 000 erzielt. Ein ausführlicher Bericht, auch über die Finanzierung werde demnächst im „Echo“ bekannt gegeben werden. Der Gewerkschaftshausverwaltung wurden auf Antrag des Vorstandes weitere M. 5000 zur Verfügung gestellt. An der Diskussion beteiligten sich Markhardt und Hyde. Schilling empfahl, daß noch vor Ostern eine Zahlstellenversammlung stattfinden möge.

Regnitz. Unsere regelmäßige Mitgliederversamm- lung fand am 27. Februar im Gewerkschaftshaus statt. Zunächst wurde die Abrechnung vom Stiftungsfest verlesen. Dann wurden die mit ihren Beiträgen zum Baufonds restierenden Kameraden bekannt gegeben und beschlossen, die Beiträge durch die Kollektoren einzutreiben zu lassen. Der Sterbefall Geisler soll in der nächsten Versammlung be- sprochen werden. Nach Verlesung eines Inventarverzeich- nisses wurde ein Bibliothekar gewählt. Eine längere De- batte rief die Angelegenheit Gutscher-Rüdert hervor. Die Ansicht der Versammelten ging allgemein dahin, daß man wichtigeres zu tun habe, als sich mit solchen Angelegen- heiten zu beschäftigen. Auch wurde dringend gewünscht, daß man damit in Zukunft die Versammlungen verschonen möge. Die Abstimmung wurde zur nächsten Versammlung vertagt.

Lissa i. B. Am 6. März fand unsere Mitglieder- versammlung statt, in der 14 Kameraden anwesend waren. Kamerad Bergemann-Posen hielt einen mit Beifall auf- genommenen Vortrag. Um den Versammlungsbefuch zu heben, wurde beschlossen, daß Mitglieder, die zweimal un- entschuldigtes fehlen, eine Strafe von 25 $\frac{1}{2}$ zu zahlen haben. Ein Antrag, in nächster Zeit in Stadt und Land eine Hausagitation vorzunehmen und Flugchriften zu ver- breiten zwecks Gewinnung neuer Mitglieder, fand An- nahme.

Merseburg. Am 8. März tagte in der „Hunenburg“ zu Merseburg eine öffentliche Zimmererversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Einfluß der Gewerkschafts- organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsver- hältnisse. 2. Verschiedenes. Ueber den ersten Punkt refe- rierte Kamerad Voigt aus Leipzig. Er führte aus, daß nur durch große und straffe Organisationen die Lohn- und Ar-beitsbedingungen gehoben werden können. Die Ver- sammelten stimmten ihm zu und gelobten, eifriger wie bis- her für die Ausbreitung der Organisation tätig sein zu wollen. Kamerad Voigt suchte besonders die jüngeren Kameraden für die Organisation zu interessieren. Es müsse den Indifferenten klar gelegt werden, was die Organisation bedeute und bezwecke. Im weiteren behandelte er noch kurz die Forderungen bezüglich des Bauarbeiterschutzes, auf deren Erfüllung immer von neuem hingewirkt werden müsse. In der Debatte wurde der schwache Versammlungsbesuch bedauert. Die Lohnfrage erledigte sich mit Annahme eines Antrages, vom 1. April ab einen Stundenlohn von 45 $\frac{1}{2}$ zu fordern. In „Verschiedenes“ wurden noch interne An- gelegenheiten erledigt.

Muselwitz. Am 24. Februar tagte unsere Mitglieder- versammlung. Sie nahm Stellung zur Lohnfrage und be- schloß nach längerer Beratung, den Unternehmern einen

Tarif mit 43 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zu unterbreiten. Es wurde eine Lohnkommission von sieben Mann gewählt, die den Tarif auszuarbeiten und in der nächsten Versammlung Be- richt erstatten soll. Das letztere geschah in einer außer- ordentlichen Mitgliederversammlung am 3. März. Der vor- liegende Tarifentwurf wurde mit einigen Änderungen akzeptiert. Er soll Gültigkeit haben vom 1. April 1907 bis 31. März 1908. Ferner wurde ein Schreiben von der Gau- leitung verlesen, worin empfohlen wird, eine Hausagitation vorzunehmen. Verschiedene Kameraden erklärten sich hierzu bereit. Vielleicht gelingt es dadurch, auch die Kameraden, die uns bis jetzt noch fernstehen, für den Verband zu ge- winnen. Im Vorjahre betrug die Zahl der Verbands- kameraden vor dem Streik 25, während sie jetzt auf 65 ge- stiegen ist.

Offenbach. Am 19. Februar tagte hier eine Mit- gliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Einladung der hiesigen Maurer zum zehnten Stiftungsfest bekannt gegeben und die Beteiligung daran beschlossen. Es wurde hierauf die Wahl der Bezirksleitung vorgenommen, die allerdings zahlreiche Schwierigkeiten verursachte, schließlich aber doch erledigt werden konnte. Daran schloß sich die Wahl der Kartelldelegierten, der Dele- gierten zur Bauarbeiterschuttkommission und eines Saal- bauvertreters. Es folgte die Berichterstattung vom Gewerk- schaftskartell, in der hauptsächlich auf die bevorstehenden Gewerbegerichtsahlen hingewiesen und zu lebhafter Agi- tation für die vom Kartell in Vorschlag gebrachten Kandi- daten aufgefordert wurde. Auch aus unseren Reihen wurde ein Kandidat ernannt. Des weiteren wurde noch aufmerk- sam gemacht auf das alljährlich vom Kartell veranstaltete Osterfest. Unter „Verschiedenes“ wurde zur regen Agi- tation für den Verband aufgefordert, auch wurde angeregt, die Versammlungen fortan alle 14 Tage abzuhalten. Zum Schluß wurde noch der Fall Luz erledigt.

Osnabrück. In einer öffentlichen Zimmererversamm- lung am 3. März, an der auch die christlich organisierten teilnahmen, beschloß man sich mit den Lohn- und Ar-beitsverhältnissen in Osnabrück und beschloß, den Unter- nehmern einen neuen Lohnsatz zu unterbreiten. In einer zur Annahme gelangten Resolution verabschiedete die Ver- sammelten, mit aller Energie für die Durchführung der ge- stellten Forderungen einzutreten.

Posen. In den Räumen des Gewerkschaftskartells, Galldorffstraße, tagte am 27. Februar unsere Mitglieder- versammlung. Der Besuch war ein mäßiger. Nach Er- ledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde der Jahresbericht des Gewerkschaftskartells erstattet und gut- geheißten. Hierauf wurden die Anträge zur Generalver- sammlung diskutiert. Nach Erledigung einiger unwesent- licher Angelegenheiten unter „Verschiedenes“ trat Schluß ein.

Reichenbach u. Umg. In der am 24. Februar im Restaurant „Deutsches Haus“ in Reichenbach stattge- fundenen öffentlichen Zimmererversammlung referierte Kamerad Laue-Leipzig über das Thema: „Mißbild auf das Jahr 1906, und welche Maßnahmen müssen wir ergreifen, um sämtliche Zimmerer dem Verbande zuzuführen.“ In seinem interessanten Vortrage kam er auch auf das Aus- land zu sprechen und führte den Kameraden vor Augen, welche erfreulichen Fortschritte die Organisation auch dort gemacht habe. Er legte den Anwesenden ans Herz, tüchtig zu agitieren, damit der letzte Mann unseren Reihen zuge- führt werde. Zum zweiten Punkt: Wahl eines Dele- gierten zum Gewerkschaftskartell, nahm Kamerad Weiß das Wort, erstattete Bericht über die vorjährige Tätigkeit des Kartells und wurde hierauf wieder als Delegierter zum Gewerkschaftskartell gewählt. Im Punkt: Innere Ange- legenheiten, betonte Kamerad Laue die Notwendigkeit einer Hausagitation. Hierzu wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus sieben Mann, die diese Agitation vorzu- nehmen hat. Als Kollektoren wurden gewählt für Reichen- bach: Kästner und Niesel, für Mhlau: Weister und für Neßschau Herold. Außerdem beschäftigte sich die Ver- sammlung noch mit einer Angelegenheit, betreffend zwei ausgeschlossene Mitglieder, die beim letzten Ausstände Ar- beitswilligendienste geleistet hatten. Sie haben sich beim Zentralvorstande über ihren Ausschluß beschwert. Es ent- spann sich hierüber eine längere Debatte, und schließlich wurde der Antrag gestellt, ihrer Aufnahme nichts in den Weg zu legen, falls der Zentralvorstand so beschließen solle. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen.

Seehausen. Die am 3. März abgehaltene Mitglieder- versammlung nahm zunächst die Neuwahl des Vorstandes vor. Ferner beschloß sie, die Versammlungen des Sonntags nach dem ersten jeden Monats, Nachmittags 5 Uhr, bei Hünze, in der Herberge, abzuhalten.

Schda (Bez. Halle). Am 17. Februar fand im Lokal von A. Schulze eine öffentliche Zimmererversammlung zwecks Gründung einer Zahlstelle statt. Zunächst referierte Kamerad G. Schulz-Berlin über: „Zweck und Nutzen des Zentral- verbandes der Zimmerer Deutschlands“. In trefflichen Aus- führungen, die beifällig aufgenommen wurden, entlegte sich der Redner seiner Aufgabe, die Erfolge des Zentral- verbandes an der Hand reichlichen Materials besonders hervor- hebend. Die Einwendungen der Kameraden, daß am Ort eine Lokalorganisation bestehe, und daß sie gegen Tarifverträge und gegen hohe Beiträge seien, wurden vom Referenten auf ihre Haltlosigkeit hin gekennzeichnet. Auch der Einwurf, die Gewerk- schaften müßten den Blick mehr auf das Endziel der Arbeiter- bewegung richten und nicht auf den augenblicklichen Vorteil, wurde von dem Redner auf seinen wahren Wert zurückgeführt. Als einige Kameraden sahen, daß trotz ihres Eintretens die Mehrheit der Anwesenden der Einrichtung einer Zahlstelle zu- stimmten, wählten sie den besseren Teil der Tapferkeit und ver- ließen die Versammlung. Hierauf wurde die Gründung der Zahlstelle beschlossen und die Wahl des Vorstandes vorgenom- men. 18 Mitglieder traten der Zahlstelle bei. Nach einem fräftigen Appell an die Kameraden, wurde die Versammlung ge- schlossen.

Stolz. In einer Zimmererversammlung am 21. Fe- bruar referierte Kamerad Finsel-Elbing über: „Die nächsten Aufgaben der Zimmerer in Stolz und Umgegend.“ Redner führte den Anwesenden vor Augen, daß es in erster Linie ihre eigene Schuld wäre, daß die Lohn- und Arbeitsbedin- gungen in Stolz noch recht ungenügende seien. Hätten die Zimmerer in Stolz sich eher der Organisation ange- schlossen und mit mehr Nachdruck und Energie ihre Inter-

essen vertreten, dann wäre es heute anders um sie bestellt. Den Beweis liefere die Maurerorganisation am Orte, die sich sehr gut entwickelt habe und auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen schon einen gewissen Einfluß mit ausüben könne. Dahin müßten auch wir wirken durch rastlose und unermüdbare Agitation für unseren Verband. Alle Kameraden müßten als Mitglieder gewonnen werden, dann würde es auch ein Leichtes sein, unsere Lebenshaltung günstiger zu gestalten. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erkennt an, daß die Hausagitation das geeignetste Mittel ist zur Förderung unserer Organisation; sie beschließt daher, eine solche in nächster Zeit vorzunehmen.“ Acht Kameraden stellten sich zur Verfügung. Vor Schluß fand noch die Delegiertenwahl zur Generalversammlung statt.

Strasbourg i. G. Am 3. März fand im Verbandslokale „Zu den drei Blumen“, Gerbergraben, unsere regelmäßige Versammlung, die von ca. 70 Kameraden besucht war. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls wurde vom Vorsitzenden eine kurze Ansprache gehalten über die Unterhandlungen der Zahlstellenvorstände mit den hiesigen Baugewerksmeistern, der sich eine kurze Debatte anschloß. Weiter wurde noch die Wahl von sechs Delegierten und eines Ersatzmannes zur Ortskrankenkasse vorgenommen. Die Gewählten wurden vom Vorsitzenden auf ihre Pflichten hingewiesen. Nachdem noch einige Redner im Punkt „Verschiedenes“ ihre Wünsche dargelegt hatten, erfolgte nach Erledigung einiger interner Verbandsangelegenheiten Schluß der Versammlung.

Thorn. (Jahresbericht.) Vor Anfang des Jahres 1906 überfaute uns der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Thorn die Kündigung des Lohn- und Arbeitstarifs, der am 1. April 1906 sein Ende erreichte. Nach Fertigstellung des neuen Lohnarifs unterseits wurde dieser den Arbeitgebern am 23. Februar 1906 zugelandt mit dem Bemerken, daß die unterzeichnete Lohnkommission zwecks Begründung der gestellten Forderungen zur mündlichen Verhandlung bereit sei. Die Arbeitgeber forderten dann auch die Lohnkommission auf, zur Verhandlung am 12. März zu erscheinen. Jedoch führte diese wie auch eine zweite und dritte Verhandlung — an letzterer nahmen auch die Maurer Teil — nicht zur Verhängung. Geboten wurden von den Unternehmern für 1906 42 $\%$, für 1907 44 $\%$ und für 1908—1909 45 $\%$ pro Stunde. Die Zimmerer forderten für die Zeit vom 1. April 1906 bis 1. April 1907 45 $\%$ pro Stunde. Beide Verufe, Zimmerer wie Maurer bestanden auf ihrer Forderung, und am 18. April wurden alle zentralorganisierten Zimmerer und Maurer ausgesperrt. Nichtbetroffen von der Aussperrung waren die im Bochumer Gewerksverein organisierten polnischen Zimmerer und Maurer. Die Leitung letzteren Vereins hatte eigenmächtig mit den Arbeitgebern einen minderwertigen Vertrag bis 31. Dezember 1909 abgeschlossen, trotzdem die Mitglieder vorher fest versprochen hatten, nur einem von den Zentralverbänden anerkannten Arbeitstarif zuzustimmen. Sie ließen sich jedoch von ihrer Leitung überreden. Dadurch war natürlich unsere Position wesentlich verschlechtert, ja, eine Fortführung des Kampfes war vollkommen aussichtslos, weshalb am 19. April 1906 der jetzt bestehende Lohnarif vereinbart wurde. Die Bauitätigkeit war im Berichtsjahre eine mäßige, arbeitslose Zimmerer waren selbst in den Sommermonaten vorhanden. Trotz dieses Umstandes gab es leider einige Zimmerer, denen die zehnstündige Arbeitszeit nicht genügte. Entgegen den Bestimmungen des Lohnarifs und trotz aller Aufforderungen des Vorstandes, wurde in dem Baugeschäft von Bartel die Sommermonate hindurch elf Stunden und mehr pro Tag gearbeitet. Eine Handlungsweise, die jedenfalls nicht von Solidarität gegenüber den arbeitslosen Kameraden zeugt. In mehreren Fällen versuchten einige Arbeitgeber, die Bestimmungen des Tarifs zu durchbrechen, hauptsächlich in der Lohnzahlung. Darin tat sich besonders die Baufirma A. Lange, deren Inhaber früher Zimmerer war hervor, so daß die Schlichtungskommission des Bieren eingreifen mußte. Trotz aller Quertreibereien unser Gegner, trotz aller nationalen Verleumdungen und Verhörungen seitens einiger Auchkameraden ist es nicht gelungen, unsere Organisation zu vernichten. Auch die so gefährdete Beitragserhöhung im Juli von 50 $\%$ auf 60 $\%$ pro Woche hat den Mitgliederbestand nicht verringert, wie aus nachstehendem ersichtlich ist. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 126, am 1. Juli 131, am 1. Oktober 162, und am 1. Januar 1907 144. Außerdem ist Brinken mit 14 und Kulmsee mit 8 Mitgliedern der Zahlstelle Thorn angeschlossen. An Versammlungen fanden im Berichtsjahre statt: 15 Mitgliederversammlungen, die im Durchschnitt von 41 Kameraden besucht waren, 3 öffentliche Zimmerer- und Maurerversammlungen. Außerdem wurden 2 gemeinschaftliche Vorstandssitzungen der Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter, 4 Vorstandssitzungen und 6 Platzbesprechungen abgehalten. Unsere Versammlungen tagten bis 6. September im Gasthaus „Zur Ostbahn“. Dieses wurde von der hiesigen Vaupolizei für „unbrauchbar“ erkannt und gesperrt. Darob großer Jubel bei unseren Feinden, daß wir obdachlos waren; sie jubelten jedoch zu früh. Trotzdem die Gastwirte in ganz Thorn mit allen Teufeleien bedroht werden, wenn sie organisierte Arbeiter aufnehmen, gelang es dem hiesigen Gewerkschaftskartell am 11. September, ein noch besseres, über 700 Personen fassendes Lokal zu mieten bei Biedke, Mellienstraße 99. Am 15. September feierte unsere Organisation das sechste Stiftungsfest in üblicher Weise. Durch die Hauskassierung ist eine ziemlich geregelte Beitragszahlung erzielt worden. Dieses System ließe sich noch mehr ausbauen, wenn die Mitglieder von der Einrichtung ausgiebigsten Gebrauch machten. Das Kassenwesen hat sich im Verhältnis zum Vorjahre auch gebessert. Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1906 M. 4055. Ausgabe an die Hauptkasse M. 2228,65, Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung am Orte M. 991,50, Ausgabe für den Ort M. 662,10. Die Gesamtausgabe betrug im Jahre 1906 M. 3882,25. Bestand am Schluß des Jahres M. 172,75. Die Arbeitslosigkeit nahm am Schluß des Berichtsjahres ganz enorm zu, so daß in der Woche vom 24. bis 29. Dezember 1906 55 Mitglieder zur Arbeitslosenkontrolle erschienen. — Wenn das verflossene Jahr in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht den Wünschen der organisierten Zimmerer entsprochen hat, so wissen wir, daß die gegnerische Arbeiterorganisation durch ihre Zerplitterungspolitik ihren Teil dazu beigetragen hat. Wir aber haben den Organisationsgedanken, das Klassenbewußtsein bei jedem Zimmerer, der noch nicht fest ist, zu vertiefen, dann werden wir unserem Ziele näher kommen, trotz alledem.

Helzen. Am 3. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Lohnfrage, Maifeier, Verschiedenes. Zum ersten Punkt wurde von verschiedenen Kameraden vorgeschlagen, den Lohn von 44 auf 45 $\%$ zu erhöhen und den Lohnarif dahin umzuändern. Der Beschluß hierüber wurde bis zur nächsten Versammlung ausgesetzt. Ferner wurde beschlossen, die Maifeier am Sonntag nach dem 1. Mai zu begehen; sämtliche sich nicht daran beteiligenden Kameraden haben M 1 Strafe zu zahlen.

Vermischtes.

Arbeitslosigkeit in Dresden. Dresden wird, wie man uns mitteilt, von zahlreichen aus Streiforten abgereisten Kameraden aufgesucht in der Hoffnung, dort Arbeit und Verdienst zu finden. Leider müssen sich sehr viele bei ihrem Eintreffen dort enttäuscht sehen. In Dresden selbst ist eine große Anzahl Arbeitslose vorhanden, die noch ständig vermehrt wird durch Zuzug aus den Nachbargebieten. Wir raten deshalb, Dresden nicht als Reiseziel zu wählen.

Der Verband christlicher Bauhandwerker unter dem Schutze der Ausbeuter. Eine Arbeiterorganisation, die von den Unternehmern protegiert und gefördert wird, spricht gegen sich selbst. Sie kann keinen Anspruch darauf erheben, als eine Vertretung für Arbeiterinteressen bezeichnet zu werden, sondern lediglich als eine Hülfstruppe der Ausbeuter. Kein Wunder deshalb, wenn die letzteren in der ausgiebigsten Weise für deren Erstarken Sorge tragen. Das geschieht auch in Wronke in Posen. Dort ließ der Unternehmer Krüger vor einiger Zeit die im Zentralverband organisierten Zimmerer zu sich kommen und eröffnete ihnen, daß sie aus demselben austreten müßten, wiedrigenfalls sie ihr Entlassung zu gemäßen hätten. Wer durchaus organisiert sein wolle, könnte in den christlichen Verband eintreten; der Zentralverband komme immer gerade im Sommer, wenn die Arbeit gut gehe, mit Lohnforderungen und sonstigen den Unternehmern unangenehmen Dingen. Gätte es für die Wronker Kameraden noch eines Hinweises bedurft, in welchem Verband ihre Interessen wirksam wahrgenommen werden, so ist er durch obige Aeußerung des Unternehmers Krüger erbracht. Leider ließen sich drei Kameraden doch einschüchtern und taten wie gewünscht, um nicht brotlos zu werden; die übrigen wurden entlassen bezw. durften nicht wieder anfangen. Wir sind überzeugt, daß sich die Christlichen bei nächster Gelegenheit dafür den Unternehmern erkenntlich zeigen werden.

Sterbetafel.

Delmenhorst. Am 25. Februar verschied nach längerer Krankheit im 23. Lebensjahre das Mitglied Heinrich Meier.
Mannheim. An den Folgen einer Körperverletzung verstarb das Mitglied August Dünser, 39 Jahre alt.
Stettin. Am 5. März verstarb unser langjähriges Mitglied Gustav Krüger.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In Wolkranshausen ist der Zimmermann Borm aus Königsau tödlich verunglückt. Er stürzte am Bau der chemischen Fabrik aus einer Höhe von 6 Metern ab, wobei er das Rückgrat brach und einen doppelten Schädelbruch erlitt, was seinen Tod zur Folge hatte. — Beim Verlegen der Balken des zweiten Stockes stürzte am 4. März von einem Neubau in Essen der Zimmerer Bruno Sammler aus Leubnitz in Sachsen ab. Er hatte bei dem Sturz die Art in der Hand, die ihm im Fallen schwere Kopfverletzungen beibrachte. Außerdem sind beide Arme gebrochen und das Rückgrat ist verstaucht. Der Bedauernswerte liegt im Krankenhaus, wohin ihn die städtische Feuerwehr schaffte, hoffnungslos darnieder.

Neubau und Gerüsteinfälligkeit. Am 3. März stürzte in Wandsbek in der Mantuffelstraße der Neubau des Unternehmers Püß aus Altrahlstedt ein, nachdem sich schon einige Tage vorher bedenkliche Risse und andere Vorboten der nahenden Katastrophe gezeigt hatten. Das Gebäude war vier Stockwerke hoch und schon bis zur Vollendung der inneren Arbeiten fertig. Da man es früh genug merkte, daß der Bau nicht mehr zu retten war, so war Vorsorge getroffen, daß keine Menschenleben dabei in Gefahr kamen. Die Ursache des Einsturzes soll angeammeltes Drängwasser sein. Der Einsturz hatte des Frostes wegen noch nicht ausgeführt werden können. — Ein Gerüsteinfälligkeit wird aus Altenburg gemeldet. Am 6. März brach am Bau der Theresenschule das Gerüst, wodurch vier Arbeiter in die Tiefe geschleubert wurden. Alle vier sind schwer verletzt. Auf die Ursachen des Unfalles kommen wir noch zurück.

Bauarbeiterchutz in Flensburg. Die Bauarbeiterchutzkommission in Flensburg hat jüngst eine Kontrolle der Bauten vorgenommen. Revidiert wurden sämtliche Hoch- und Tiefbauten der Stadt sowie der Umgebung. Von einer Dichtung bezw. Verglasung der Fenster war bei verschiedenen Unternehmern nichts wahrzunehmen, obgleich in den Bauten gearbeitet wurde. Beim Unternehmer Hoel in Kollund auf dem Landgebiet, sowie bei A. Jensen in der Dorotheenstraße, P. Andreßen im Junterhohlweg, Vogt & Fries in der Christinenstraße herrschte dieser Mißstand. Es könnte wohl nichts schaden, wenn die Vaupolizei hierauf ihr wachames Auge werfen wollte. Die Gerüste wurden im allgemeinen für gut befunden mit Ausnahme desjenigen des Unternehmers Hoel, Neubau Kupfermühle. Jedenfalls wäre es dem Beamten der Hamburger Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft wohl ein Leichtes, in dieser Hinsicht Remedur zu schaffen. Bei den Neubauten und Aborten müssen wir ebenfalls eine merkliche Besserung konstatieren. Eine Aus-

nahme machte die Anlage im Bau des Unternehmers Fürstenberg im Junterhohlweg. Die dortige Einrichtung eignet sich eher als Aufenthaltsraum für vierfüßige Vorstentiere, denn für Menschen. Verbandskästen waren nur an wenigen Bauten vorhanden. Bei den Straßenbahnarbeiten waren Unterkunftsräume sowie auch Aborte überhaupt nicht vorhanden. Der betreffende Unternehmer hält dergleichen wohl für überflüssig, weil er Italiener beschäftigt.

Mißstände aus Bauten vor Gericht. Am Neubau des Volkshauses zu Halle stürzte am 24. Oktober v. J. ein Gerüst zusammen, worüber wir in unserer Nr. 44 vom vorigen Jahre, Seite 386, berichteten. Der Einsturz hat ein Nachspiel vor der Strafkammer zu Halle gehabt. Das Urteil geht dahin: Der Maurermeister wurde zu 14 Tagen, sein Architekt zu drei Monaten, der Polier zu fünf Monaten und von drei angeklagten Maurern jeder zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die Sächsische Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft hatte im Jahre 1905 zusammen 4610 verletzte Personen zu verzeichnen, die infolge eines Betriebsunfalles länger als drei Tage erwerbsunfähig waren. Auf 1000 Versicherte kommen 37,36 Verletzte gegen 35,43 im Jahre 1903. Die Zahl der Getöteten betrug im Jahre 1905 allein 80. Von der Gesamtzahl der Verletzten waren 1085 länger als 13 Wochen arbeitsunfähig, so daß für sie die Vereinsgenossenschaft eintreten mußte. Nur vier wurden als völlig erwerbsunfähig erklärt und erhielten die Vollrente. Es ist das ein Zeichen, wie selten die Vereinsgenossenschaften dazu kommen, einen Verletzten als vollkommen arbeitsunfähig zu halten. Von den übrigen Verletzten, die man nur als „teilweise“ arbeitsunfähig hielt, wurden 442 als dauernd, 559 nur als vorübergehend geschädigt erklärt. Mit den Verletzten aus den Vorjahren hatte die Genossenschaft an zusammen 5676 Personen Renten zu gewähren, und zwar M 983 425. Das ergibt für den einzelnen Verletzten die „Summe“ von M 173 pro Jahr. 838 Witwen erhielten M 145 958, 897 sonstige Hinterbliebene M 125 746. 13 Verletzte ließen sich eine einmalige Abfindungssumme auszahlen; sie erhielten M 9093.

Die Zahl der Betriebe betrug 11 942, die der beschäftigten Personen 123 408. Es kommen somit auf einen Betrieb durchschnittlich 10 Arbeiter (gegen 9 im Jahre 1903). Unter den Betriebsunternehmern befanden sich 7121, die selbst mit praktisch tätig und dadurch selbst mit versichert waren. Die gezahlten Löhne betragen M 93 904 060, so daß auf den einzelnen Arbeiter der Betrag von M 760 entfällt. Für die Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigung hatte die Genossenschaft M 73 595, für die Schiedsgerichte M 24 194, für die Unfallverhütung M 29 088 und für sonstige Verwaltung (Gehälter usw.) M 183 958 aufzuwenden. Die Einnahme an Beiträgen (Umlagen) betrug M 1 785 079, womit auf den einzelnen Versicherten der Betrag von zirka M 14 pro Jahr entfällt. Der Reservefonds hat die Höhe von M 3 414 509 erreicht.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Achtstundentag wird im Berliner Steinmetzgewerbe eingeführt. In einem Versammlungsbericht vom 3. März dieses Jahres im „Steinarbeiter“ heißt es darüber: „Aus dem Bericht des Gesellenausschusses ging hervor, daß die Innung die einheitliche Erhöhung des Minimallohnes von 80 auf 85 $\%$, sowie Schluß der Arbeitszeit um 5 1/2 Uhr bewilligt hat. Die Bezahlung des Jahrgeldes nach den Vororten erfolgt wie bisher, wird jedoch im Tarif aufgenommen. Für fehlendes Geschirz soll der Arbeitnehmer nur dann haften, wenn es durch sein Verschulden abhanden kam. Die übrigen Forderungen lehnt die Innung ab und läßt sich auf weitere Verhandlungen nicht ein. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner dahingehend aus; wiewohl die Zustände der Innung den von uns aufgestellten Forderungen gegenüber keine befriedigenden zu nennen sind, so sind sie doch ohne Kampf erreicht und es ist die Ablehnung des Tarifs aus Rücksicht auf die bevorstehenden Lohnbewegungen der eigenen Branche sowie der übrigen Baubranchen nicht zu empfehlen. Die Versammlung beschloß gegen fünf Stimmen, den Tarif mit den Zugeständnissen der Innung auf ein Jahr (bis 1. März 1908) anzunehmen.“ Die Steinmetzen in Berlin hatten bisher die achteinhalbstündige Arbeitszeit und 80 $\%$ Stundenlohn. In der bürgerlichen Presse wird behauptet, der Achtstundentag sei nur für Werkstättenarbeit bewilligt, nicht auch für Arbeiten an Bauten.

Zur Arbeiter-Statistik in Rußland. Im Auftrage des Ministeriums der Finanzen und der Industrie hat das Zentrale Statistische Komitee eine allgemeine Berufsstatistik der Arbeiter sämtlicher Industriezweige vom Jahre 1897 ausgearbeitet. Wir finden in dieser Statistik die Gesamtzahl der Arbeiter, die Verteilung derselben nach Geschlecht und Alter und die Angaben über die Elementarbildung der Arbeiter, und ferner auch sehr interessante Angaben über die Familienverhältnisse unter dem Arbeiterstande.

Die Gesamtzahl der Arbeiter wird in dieser Berufsstatistik auf 3 221 565 eingeschätzt, davon 86,1 pZt. Männer und 13,9 pZt. Frauen. Neben dieser großen Verschiedenheit in dem Gesamtprozentsatz von Männern und Frauen finden wir einzelne Berufsgruppen, in denen die Frauen ganz bedeutend überwiegen, so z. B. in den Tabakfabriken und Wäschmanufakturen (eineinhalb bis zweieinhalb Mal so viel als Männer). In anderen Berufen wiederum (z. B. unter den Bauarbeitern) sind die Frauen überhaupt nicht vertreten.

Aus der Gesamtzahl der erwachsenen Arbeiter (über 15 Jahre) war über die Hälfte der Männer (54 pZt.) verheiratet, von den Frauen etwa ein Drittel (37 pZt.). Der übrige Teil der Arbeiter entbehrte gänzlich des Familienlebens. Ein Teil der Verheirateten lebte sogar getrennt von ihren Familien (Männer 58,5 pZt., Frauen 48,9 pZt.).

Die Elementarbildung unter den Arbeitern ist bedeutend stärker entwickelt, als in der übrigen Masse der

Bevölkerung. Des Lesens und Schreibens kundig sind unter den Arbeitern 60 pZt. Männer und 35 pZt. Frauen, während in der allgemeinen Masse der Bevölkerung nur 18 pZt. Männer des Lesens und Schreibens kundig sind, von den Frauen schon gar nicht zu sprechen, unter denen es nur eine verschwindend geringe Anzahl von des Lesens und Schreibens kundigen gibt. Diese Statistik bezieht sich auf die Arbeiter, die in der bearbeitenden Industrie, der Bergindustrie, auf den Eisenbahnen und anderen Verkehrswegen beschäftigt waren, und endlich auf die Bauarbeiter und Handelsangestellten. Ergänzt wurde diese Statistik durch eine allgemeine Zusammenstellung der ländlichen Lohnarbeiter, der Arbeiter in der Forstwirtschaft und Jagd, der Fischereiarbeiter, Tagelöhner, Hilfsarbeiter und Diensthöter. Die Gesamtzahl der letztgenannten Arbeiter wird von dem Zentralen Statistischen Komitee auf 2 722 623 angegeben. Somit beträgt die Zahl der in die Berufsstatistik Aufgenommenen 5 944 188.

Gewerkschaftliche Bewegung in Kiew (Rußland).
In Kiew bestehen zur Zeit etwa 15 gewerkschaftliche Verbände, die etwa 4000 Arbeiter verschiedener Berufe umfassen. Von denselben sind 11 bereits legalisiert, und die Legalisierung der übrigen steht in nächster Zeit bevor. Der bedeutendste unter den Kiewer Verbänden ist der Verband der Handels- und Industrieangestellten mit 642 aktiven Mitgliedern, dann folgen: Verband der Druckereiarbeiter 550, Verband der Holzarbeiter der Gouvernements Kiew, Podolien und Wolhynien 395, Verband der Bäcker und Konditoren 535, Verband der Stadtbahnangestellten 320, Metallarbeiter 250, Verband der Barbier und Friseure 152, der Bettenschneider 150, der Verband der Tischler 150, Verband der Stelmacher 130, der Schmiede und Uhrmacher 130 Mitglieder. Die übrigen Verbände (der Photographen, Kürschner, Töpfer und Tapetiere) haben erst unlängst ihre Satzungen dem Gouvernementsamt für Vereinsangelegenheiten zur Genehmigung eingereicht. — Daneben bilden sich auch neue Verbände, so z. B. der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Waschanstalten, der Fleischer usw.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

ok. Zweifelsfragen aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung. A. Krankenversicherung. 1. Sterbegeld für ein Kind ist doppelt zu zahlen, wenn beide Eltern der Kasse angehören und durch ihre Mitgliedschaft Anspruch darauf haben (wenn also die Krankenkasse zugleich eine Art Familienversicherung ist, was bei den meisten Krankenkassen nicht zutrifft). Es kann aber durch Statut bestimmt werden, daß das Sterbegeld nur einmal gezahlt wird.

2. Gegen Ordnungsstrafen, welche Kassen wegen Uebertretung der Krankenvorschriften festsetzen, kann das Mitglied binnen zwei Wochen nach Eröffnung derselben Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde erheben. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die Strafe herabzusetzen oder ganz aufzuheben.

3. Die Kassen sind berechtigt, die von ihnen verfügten Ordnungsstrafen mit Krankengeld aufzurechnen.

4. Mitglieder, deren Einkommen auf über M. 2000 erhöht wird, sind berechtigt, die Mitgliedschaft freiwillig fortzusetzen. Sie müssen dann ihre dahingehende Absicht der Kasse innerhalb acht Tagen, von dem Eintritt der Erhöhung ab gerechnet, mitteilen.

B. Invaliden- und Altersversicherung. Der Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente ist bei der für den Wohnort oder Beschäftigungsort des Versicherten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat) oder Rentenstellen geltend zu machen.

Als Beweismittel sind diesem Antrage beizufügen: die letzte Quittungskarte, die Aufrechnungsbescheinigungen über die umgetauschten Quittungskarten, etwaige Bescheinigungen über Krankheit und militärische Dienstleistungen. Ferner sind beizubringen ein ärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit bei dem Antrage auf Invalidentrente und die Geburtsurkunden bei dem Antrage auf Altersrente.

2. Die Anrechnung von zu entrichtenden, aber noch nicht entrichteten Beiträgen bei Feststellung der Renten ist unstatthaft. Es ist jedoch dem Versicherten gestattet, in Fällen, in denen der Arbeitgeber die Verbringung von Marken verweigert oder unterläßt, dieselben seinerseits zu beschaffen und in die Quittungskarte einzufügen.

C. Unfallversicherung. Die Berufsgenossenschaften sind, besagt zur Vermeidung von Unfällen Unfallversicherungsvorschriften zu erlassen und können die Arbeitgeber zur Befolgung dieser Vorschriften anhalten durch: Geldstrafen bis M. 1000 oder Einschüßung ihrer Betriebe in eine höhere Gefahrenklasse oder, falls sich die letzteren bereits in der höchsten Gefahrenklasse befinden, durch Zuschläge bis zum doppelten Betrag ihrer Beiträge.

Aus Nachlässigkeit und Sparamkeit werden die Unfallversicherungsvorschriften leider von einem großen Teil der Arbeitgeber nicht beachtet. Auch die Arbeiter interessieren sich noch nicht so, wie es nötig ist, für die strikte Befolgung dieser Vorschriften seitens der Unternehmer, obwohl sie oft genug durch das Fehlen von vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen Leben und Gesundheit einbüßen. Sie handeln also in ihrem eigenen Interesse und in Interesse ihrer Familien sowie ihrer Kollegen, wenn sie über fehlende Schutzvorrichtungen der betreffenden Berufsgenossenschaft oder auch einem Schutzmann Mitteilung machen und auf Abhilfe dringen.

Literarisches.

Soeben ist im Verlag von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen: **Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland.** Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit. Von N. A. Paschitnow. Autorisierte Uebersetzung von M. Nachimjon. Mit einem Anhang von M. Nachimjon. Band 40 der Internationalen Bibliothek. Preis broschiert M. 2,50, gebunden M. 3.
Der Verfasser sagt im Vorwort:
Die nachstehende Darstellung soll zur Aufklärung der sozialen Verhältnisse dienen, unter denen die russischen

Fabrik- und Bergarbeiter seit der Freilassung der Bauern, also in den letzten 45 Jahren, lebten. Diese Periode, in der die Entwicklung der Industrie und des Bergbaues große Fortschritte machte, läßt sich in drei Abschnitte einteilen. Die erste Periode beginnt mit dem Jahre 1861 und endet in der Mitte der 80er Jahre. In dieser Periode wurden die Beziehungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern nur durch freie Arbeitsverträge reguliert, ohne irgendwelche Kontrolle der Regierung. Alle Schrecken der ersten Phase des zügellosen Kapitalismus kamen hierin zum Ausdruck, denn die Freiheit der Verträge diente den Kapitalisten als die Hülle für ihre Willkür bei der Ausbeutung der Arbeiter. In die zweite Periode, von der Mitte der 80er Jahre bis zum Jahre 1904, fällt das Eingreifen der Regierung in das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Die gesetzlichen und administrativen Maßregeln dieser Art bezweckten, vorbeugend bei den immer häufiger werdenden Unruhen zu wirken. Zur Beaufsichtigung wurde deshalb im Jahre 1882 eine besondere Einrichtung, die Fabrikinspektion geschaffen.

Da unsere Fabrikgesetzgebung nur polizeiliche Ziele im Auge hatte und ganz dem einseitigen Druck des Kapitals unterworfen war, mußte ihr auch die nötige Entwicklung und Vertiefung fehlen. Sie blieb hinter den Lebensanforderungen der Arbeiter zurück und war natürlich außerstande, das zu verhindern, was auch die Fabrikinspektoren nicht voraussehen konnten — nämlich jene Bewegung in der Arbeiterklasse, die im Jahre 1905 das ganze wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben Rußlands in seinen Grundfesten erschütterte. Auf die Jahre anhaltender, starrer Reaktion folgte die stürmische Revolution. Am 17. Oktober 1905 trat das alte Regime des Absolutismus, wenigstens juristisch, vom Schauplatz ab und an seine Stelle trat auf Grund einer Zensurvertretung die konstitutionelle Monarchie.

Damit aber waren die politischen Umwälzungen nicht erschöpft; von allen Seiten wurden Ansprüche erhoben. In diesem Kampfe trat nun die Arbeiterklasse in die erste Reihe der Kämpfenden und schrieb auf ihre Fahne die Forderung des allgemeinen geheimen Wahlrechts und der demokratischen Republik.

Man kann im gegebenen Moment noch nicht das Endresultat bestimmen, aber das Grundmotiv der Ereignisse tritt mit genügender Klarheit hervor: das Eingreifen des Proletariats und später auch des Bauernstandes in die russische Revolution wurde herbeigerufen und unterstützt durch ihr Verlangen und Streben nach bürgerlicher Gleichberechtigung, politischem Selbstbestimmungsrecht und nach der Befreiung von jenem die Stadt und das Land beherrschenden Ausbeutungssystem, dem das alte bürokratische Regime, beschützt von dem Doppeladler, als Stütze diente.

Nunmehr trat die Arbeiterfrage in das dritte und wichtigste Stadium ihrer Entwicklung ein, und zwar unter dem Bedruck, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus ökonomischem und politischem Joch nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Weder in der ersten noch in der zweiten Periode war es gelungen, die nötigen Vorbedingungen für ein gemeinsames Zusammenwirken der arbeitenden Massen zu erkämpfen. Streiks, Verbände, Versammlungen usw., kurz, alle Erscheinungsformen des Klassenkampfes erlitten unter dem alten Regime die brutalsten Verfolgungen, gleichsam als ob es ahnte, daß gerade aus der Arbeiterklasse der grimmigste Rächer für die mit Füßen getretenen Volksrechte erstehen würde.

Nun, da das Proletariat sich des einen Feindes entledigt, das Joch des Despotismus von sich abgeschüttelt hat, führt es offenen Auges und ledig jener Fesseln den ferneren Kampf für seine endgültige Befreiung. Als Ausgangspunkt dieser neuen dritten Periode gelten die Errungenschaften der letzten revolutionären Kämpfe. Aus dieser Revolution alle logischen Folgerungen zu ziehen, die ganze Macht zu entfalten, dazwischen das Proletariat selbst bei den heutigen gesellschaftlichen Zuständen fähig ist, das ist die hohe Aufgabe, von deren Lösung die ganze weitere Entwicklung unseres Landes bestimmt werden wird. Die Tatsache, daß die russische Arbeiterbewegung unter der Fahne der Sozialdemokratie marschiert, ist eine Erscheinung von größter Bedeutung.

Die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus trat im Westen erst nach den politischen Umwälzungen in die Erscheinung. Bei jenen Umwälzungen hatte die Bourgeoisie die Führung, und die Arbeiterschaft marschierte hinterdrein. In Rußland aber finden wir zum ersten Mal das Proletariat an der Spitze und nicht im Nachtrab der politischen Bewegung, weil es ein so vollkommen selbständiges Programm und eine eigene auf Grund der theoretischen und praktischen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung gewonnene Organisation und Taktik besitzt. Eine hohe, in ihrer Art einzige Aufgabe ist der russischen Sozialdemokratie gestellt; möge sie aus diesem Bewußtsein neue Kraft schöpfen, um ihre Aufgabe erfüllen zu können.

Briefkasten der Redaktion.
* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei. **Breslau, S. W.** Es handelt sich um einen Druckfehler. **Stuttgart, K. R.** Gebt Namen und Adresse an und mitteilen, weshalb die Frage gestellt wird.

Bekanntmachungen
der
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(G. S. Nr. 2 in Hamburg).
Bureau: Hamburg 22, Dehnhaide 17, 1. Et.
Postadresse: Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Hamburg 22.
Vom 1. bis einschließl. 28. Februar 1907 erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen: Iserlohn M. 7,50, Lübeck 250, Steglitz 150. Summa M. 407,50.
Zuschuß erhielten vom 1. bis 28. Februar die örtlichen Verwaltungen: Ahrensböck M. 80, Adlingen 25, Altbamm 80, Alteneers 70, Alt-Glienide 150, Altona 100, Arnstadt 60,

Augsburg 200, Beed 150, Berlin I 1600, Berlin II 1600, Berlin III 1200, Berlin IV 600, Berlin V 600, Berlin VI 800, Berlin VII 400, Bernau 100, Bötzingen 60, Braunschweig 100, Bremen 500, Breslau 600, Bromberg 100, Bülow 80, Cambsstadt 400, Cassel 150, Charlottenburg 800, Chemnitz 100, Cöln 200, Culmbach 100, Danzig 200, Deutsch Lissa 30, Dresden I 200, Dresden II 150, Duisburg 100, Durlach 100, Düsseldorf 150, Ebsdorf 100, Elbing 200, Emmendingen 100, Erfurt 200, Feuerbach 175, Frankfurt a. M. 100, Frankenthal 40, Freiburg I 150, Freiburg II 50, Fürstengrund 180, Fürstenwalde 140, Fürth 50, Gensharn 60, Gr.-Vichtersfelde 150, Gr.-Neuendorf 100, Gr.-Seelheim 150, Gr.-Wodern 100, Guntershausen 70, Güstrow 40, Hagen i. B. 200, Halberstadt 100, Hamburg I 500, Hamburg-Varnbeck I 200, Hanau 100, Hannover 200, Heidingfeld 50, Heilbronn 250, Hemsbach 50, Hohenheim 50, Holzwinden 45, Homberg 50, Kaiserlautern 60, Karlsruhe 50, Kempten 100, Kolmar 50, Königsberg i. Pr. 200, Langenbielau 100, Lehnin 200, Leipzig I 250, Leipzig II 250, Leipzig III 100, Löchnitz 200, Ludwigshafen 165, Mainz 200, Malschin 50, Mannheim 250, Marburg 50, Marktbel 200, Meissen 60, Memel 50, Metz 200, Mülheim 400, Neu-Anspach 75, Neubrandenburg 50, Nordenham 75, Nürnberg 75, Offenbach 100, Osnabrück 80, Panow 100, Pasewalk 150, Pforzheim 100, Pinneberg 250, Pirmasens 50, Preez 100, Rathenow 150, Ruhlsdorf 100, Rummelsburg 100, Saarbrücken 100, Sand 40, Scharnbeck 125, Schlaben 70, Schönbeck 50, Schöckel 170, Spandau 150, Stuttgart 350, Wegefeld 60, Witten 150, Wittenberg 85, Wittendorf 120, Werber 100, Wismar 80, Wilhelmshaven 100, Wilmersdorf 150, Wittenberg 100, Würzburg 150, Zeitz 50. Summa M. 22 170.

Achtung, Kassierer!
Der Bücherabschluß für das 1. Quartal muß unter allen Umständen am 31. März erfolgen. Ueberflüssiges Geld ist vor dem 31. März an die Hauptkasse zu senden; später abgegebene Gelder müssen für das zweite Quartal gebucht und verrechnet werden. Etwa für das 1. Quartal erforderlicher Zuschuß muß einige Tage vor dem 31. März gefordert werden.

Berichtigung. In Nr. 7 vom 16. Februar 1907 stehen für Freiburg als an die Hauptkasse gefandt M. 100 und als Zuschuß M. 60 verzeichnet; diese sind für Wehre bezw. Freiburg I L.

Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Abs. 4 u. 5. des Statuts sind folgende Mitglieder: 492 (15 126), 1. Kl., Peter Hirt, geb. 5. April 1871 in Fürth; 1113 (7647), 1. Kl., Karl Werner, geb. 19. Oktober 1884 in Neustadt i. S.; 1370 (4385), 2. Kl., Karl Schlüter, geb. 12. Mai 1876 in Osnabrück; 7054 (13 053), 1. Kl., Wilh. Hauschildt, geb. 14. Dezember 1871 in Lampringe; 9126 (23 543), 1. Kl., Wilhelm Sagel, geb. 15. Januar 1888 in Groß-Laine; 14 017 (14 017), 1. Kl., Karl Zubotia, geb. 17. Juni 1885 in Kamminchen; 17 457 (2341), 1. Kl., Johannes Sötje, geb. 2. März 1859 in Wulst; 18 341 (5232), 1. Kl., Peter Vogel, geb. 1. April 1874 in Lebnin; 24 425 (17 908), 1. Kl., Ernst Schliwert, geb. 16. Oktober 1882 in Marienwalde; 24 426 (8618), 1. Kl., Erich Vicht, geb. 12. Januar 1878 in Wulst; 24 668 (17 459), 1. Kl., Franz Schulz, geb. 16. Oktober 1884 in Tübisch; 24 759 (16 918), 1. Kl., Hugo Krause, geb. 28. August 1875 in Ober-Sigfow; 25 005 (22 719), 2. Kl., Fritz Heißler, geb. 9. August 1884 in Tiedinghausen; 25 166 (14 110 19 200), 1. Kl., Heinrich Friede, geb. 31. August 1867 in Eitenbüttel; 25 677 (13 095), 1. Kl., Walter Gleib, geb. 29. April 1883 in Berlin; 25 905 (22 576), 1. Kl., Anton Arndt, geb. 7. Juli 1880 in Grabowitz; 25 912 (1756), 1. Kl., Willi Knoll, geb. 7. November 1866 in Hohenborn.
Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Abs. 2 Ziffer 3 des Statuts wurden 7715 Richard Schirmer, 11037 Alfred Diederichsen.
Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Abs. 2 Ziffer 8 des Statuts wurde: 13 699 Carl Range.

Zur Beachtung!
Der Vorstand beabsichtigt, in nächster Zeit zur Agitation für die Krankenkasse ein Flugblatt drucken zu lassen. Behufs Feststellung der Auflage ersuchen wir, Bestellungen bis zum 30. März an den Hauptvorstand gelangen zu lassen.
Der Vorstand.

Versammlungsanzeiger.
(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Montag, den 18. März:
Göttingen: Bei Achilles, Neustadt 29. — **Wismar:** Abends 8 Uhr in der „Gansa“.

Dienstag, den 19. März:
Barmen-Eberfeld: Abends 8½ Uhr im „Volkshaus“ in Eberfeld, Hombüchlerstraße. — **Braunschweig:** In der „Zentralherberge“, Werberstr. 73. — **Dortmund:** Abends 8½ Uhr bei Steimann, 1. Kampstr. 73. — **Duisburg:** Abends 8½ Uhr bei A. Marks, Felbstr. 9. — **Friedrichshagen:** Bei Max Lerche, Bürgerfäse. — **Hannover:** Abends 8½ Uhr, Neustr. 27. — **Jauer:** Eine halbe Stunde nach Feierabend. — **Langensalza:** Nachm. 5 Uhr im „Schloßkeller“. — **Mülheim a. Rh.:** Abends 8½ Uhr im „Kreuzerbräu“, Wallstr. 56. — **Oberfalzbrunn:** Im „Annahof“. — **Offenbach:** — **Sorau:** Im Galthaus „Zur Eile“. — **Wiesbaden:** Abends 8 Uhr im Lokale „Zum Andreas Hofer“, Schwabacherstraße.

Mittwoch, den 20. März:
Aldershof: In Laues Gesellschaftshaus. — **Cöln-Nippes:** Abends 9 Uhr bei Schäfer, Florastr. 80. — **Emden:** Abends 8½ Uhr im „Velleue“. — **Forst:** Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Gesellschaftshaus“, Am Haag. — **Glogau:** Im „Ratskeller“. — **Jakrow:** Abends 8 Uhr bei Schmückling, Töpferstr. 141. — **Lehe-Geckemünde:** Im „Colosseum“ in Bremerhaven. — **Mülheim a. d. R.:** Bei Hollenberg, Dickwal 10. — **Ulm:** Abends 7 Uhr im „Hohentwiel“. — **Wandsbek:** Bei Gronau, Hamburgerstraße.

Donnerstag, den 21. März:
Greifswald: Im Lokal von Jupis, Langereiche 23. — **Lübeck:** Abends 8½ Uhr im „V. ins Haus“, Johannisstr. 50. — **Roslau:** „Zur goldenen Krone“.

Freitag, den 22. März:

Cassel: Abends 7 Uhr im „Nunien Hof“. — Coburg: „Goldener Storch“. — Eisenach: Nach Feierabend im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. 147. — Jena: Abends 7 Uhr im Restaurant „Moll“. — Stuttgart: Abends 8 Uhr in der „Ostheimer Bierhalle“, Ostendstraße.

Sonnabend, den 23. März:

Aken: Abends 8 Uhr in der Herberge „Zur Heimat“. — Eisenberg: Bei Winter, Kobaischstraße. — Frankenthal: Im Gasthaus „Zum Brückenkopf“. — Hagen i. W.: Abends 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“, Wehringhäuserstr. 39. — Herne: Abends 8 Uhr bei Bomm, Bochumerstr. 7. — Pöschel: Jeden Sonnabend Abends von 5 bis 6 Uhr Beitragszahlung im Gasthaus „Zum Vogel Nest“. — Mühlhausen i. Th.: Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Nürtingen: Von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr Zählabend im „Löwen“. — Planen i. W.: Von 7 Uhr ab Zählabend im „Schillergarten“, Bauersstraße. — Polzin. — Reimscheid: Abends 8 1/2 Uhr bei Dreisch, Bismarckstr. 18. — Schwelm: Bei Hugo Jakobs, Ostenstr. 21. — Weiskopf: Zählabend in der „Zentralhalle“. — Witten: Abends 8 1/2 Uhr bei Aug. Raabe, Oberstr. 17. — Zittau: Jeden Sonnabend von 5 Uhr Abends ab Zählabend im „Volks- und Gewerkschaftshaus“, Breitestraße.

Sonntag, den 24. März:

Nachen: Bei Dorfmeier, Eilichhorststr. 13. — Bitterfeld. — Calbe: Nachm. 3 Uhr in der „Reichsapelle“. — Cremonen. — Gamm i. Westf.: Nachm. 3 Uhr bei Karl Winkler. — Kröbelin: Nachm. 2 Uhr in der Herberge. — Langen: Im „Kämmchen“. — Mannheim-Ostersheim: Vormittags. — Mühlheim a. Rh., Bez. Wiesdorf: Nachm. 4 Uhr bei Rudolf Krümer, „Schiffhall“. — Oberhausen: Vorm. 11 Uhr bei Herrmanns, Grenzstraße. — Radolfzell: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Krotodil“. — Reichenbach: Nachm. 3 Uhr Zähltag in der „Tonhalle“, Greizerstraße. — Wunsiedel: Nachm. 2 Uhr auf der „Königshöhe“. — Zossen: Nachm. 4 Uhr bei Schulte, Wartherstraße. — Zweibrücken: Im „Goldenen Stern“.

Anzeigen.

Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich unter der Adresse August Wringmann, Hamburg 1, Defenbinderhof 57/68, 3. St., einzulösen. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 M per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bares Geld zu senden.)

Todesanzeige.

Nach kurzer Krankheit starb unser Kamerad

Joseph Dewz

im Alter von 24 Jahren.

[M. 3,80]

Die Zahlstelle Waldshut-Thiengen.

Nachruf.

Am 7. März verschied nach schwerer Krankheit unser Kamerad

Reinhold Hille

im Alter von 28 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,80]

Zahlstelle Neugersdorf.

Nachruf.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 9. März unser treuer Kamerad

Heinrich Rode

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

[M. 3,60]

Die Zahlstelle Elvershausen.

Zahlstelle Konstanz.

Sonntag, den 17. März, Nachmittags 2 Uhr: Öffentliche Zimmererverversammlung im Gasthaus „Helvetia“.

Tagesordnung: Die neuesten Pläne des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Nachher freie Diskussion. Referent: Gauleiter Kamerad Füllenschmid aus Stuttgart. Wir ersuchen sämtliche Kameraden, pünktlich und vollständig zu erscheinen. [M. 1,10] Der Vorstand.

Lauterberg.

Sonntag, den 17. März, Nachm. 3 Uhr: Mitgliederversammlung in der Herberge „Zur Erholung“ bei Carl Bruhmann. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. [80 M] Der Vorstand.

Ruhrort und Umgegend.

Sonntag, den 17. März, Nachm. 3 Uhr: Mitgliederversammlung in Ruhrort, Oberdammstr. 11, bei Kestler. [70 M] Der Vorstand.

Zahlstelle Zehdenick u. Umg.

Sonntag, den 17. März, Nachm. 3 Uhr:

Außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Buchholz.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kameraden dringend notwendig. [90 M] Der Vorstand.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.

Sonntag, den 24. März, Nachm. 3 Uhr:

Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Defenbinderhof 57, Oberer Saal.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Stellungnahme zur Meiseier. 3. Weichhaffung über die vorliegenden Anträge. 4. Die Anträge der Zahlstellen und des Zentralvorstandes zur 17. Generalversammlung. 5. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht unseres Gesellschafters vom Gewerkschaftshaus. 6. Gewerkschaftliches.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen aller Zahlstellenfunktionäre erforderlich. [M. 1,50] Der Vorstand.

Zahlstelle Bitterfeld.

Am Sonntag, den 24. März, findet hier eine

öffentliche Zimmererversammlung statt, zu der alle Kameraden hierdurch eingeladen werden. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen notwendig. [80 M] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

Verwaltungsstelle Untertürkheim.

Jeden letzten Samstag im Monat (die nächste am 23. März) findet bei Koch, „Zur Eisenbahn“, unsere Versammlung statt. Wir laden jeden Zimmerer, wie auch im Verkauf beschäftigte Holzarbeiter zum Beitritt in die Kasse ein. [80 M] Die Ortsverwaltung.

Verbauere, daß ich während der Platzsperr bei der Firma Häpfel in Straßburg weiter gearbeitet habe und verspreche, von nun an solidarischer zu handeln. Straßburg i. G., den 6. März 1907. [M. 1,50] K. Siegfried.

Stamm-Bierkrüge sowie Pfeifen

für fremde Zimmerer, Maurer und Schieferdecker (Modell Senf) liefert die bekannte Firma Gebr. Bergmann, München, Hohenzollernstr. 158.

Zimmerer Deutschlands!

Isoländer, prima, 2 B schwer, M. 6; Dresdener Zimmermannshoje à Paar 4,50, 5 Paar zusammen M. 20; garantiert echt schwarze Samthoje M. 10; prima Lederhoje, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2 B schwer) M. 4,40; echt braune und echt schwarze Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6; Jacken (eins und zweireihig), Sorte I M. 15, Sorte II M. 12, mit gutem, warmem Futter; garantiert echt schwarze Samtweste, zweireihig (Vorderrücken), à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21.

Neu! Garantiert echt schwarze Lederhosen, Dreidrahtgewebe, mit Lederriemen, à Paar M. 6; Jacken mit warmem Futter M. 11; Hosen, Sorte II M. 6, Jacke M. 10; nach Maß zu gleichen Preisen verfertigt überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie die Preisliste frei! Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. Versandhaus und Fabrikation für Zimmerer und Maurer.

Advertisement for 'Eigene Fabrikation' featuring 'Mid Günst' work clothes. It includes an illustration of a man in work clothes and text describing the quality and availability of the garments. The text mentions 'unverleichte Arbeitergarderoben von M. Mosberg' and 'Dur erprobt gute Qualitäten! Preislisten gratis.' The address is 'Firma M. Mosberg, Bielefeld.'

Dem Kameraden Karl Dürkop zu seinem Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch! Die Zahlstelle Fallersleben.

Wer den Aufenthalt des fremden Zimmergesellen Karl Bern aus Rostow b. Ploen kennt, wolle Mitteilung machen an [90 M] Rud. Krüger, Offen, Poststr. 70.

Verkehrskale, Herbergen usw.

- List of local meeting points and addresses for various districts: Altona, Veg. 15, Verkehrslokal und Herberge bei Chr. Stevers... Berlin, Arbeitsnachweis und Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer... Hamburg, Verkehrslokal und Herberge bei G. Müller... Köln, Verkehrslokal und Herberge bei G. Müller... etc.